

Wer morgen nicht
mit einer rechten Mehrheit
im Land aufwachen will,
muss heute
DIE LINKE.
wählen!


Bundestagswahl 2017

- Zusammen ein Plus *Seite 3*
- DIE LINKE in Oder-Spree – Rückblick *Seite 4*



DIE LINKE im Landtag

- Arbeit der Kreistage stärker unterstützen *Seite 8*
- Ein selbstbestimmtes Leben im Alter *S. 9*



Erkner

- Was ist los – in unseren Köpfen? *Seite 16*
- Schulen in Erkner *S. 18*
- Die Mühen einer Opposition *Seite 19*

Ein Ergebnis mit Ansage

Betrachtungen zur politischen Lage nach der Wahl zum Deutschen Bundestag

Der langweiligste Wahlkampf in Deutschland seit 1949 mündete am Wahlabend in eine Aufregung, die bis heute anhält.

Die Wahlbeteiligung stieg auf 76,2 Prozent. Die CDU rutschte um 7,4 Prozent auf 26,8 Prozent. Die CSU verlor 1,2 Prozent und hat noch 6,2 Prozent. Zusammen verlieren sie 65 Mandate. Die SPD fiel um 5,2 Prozent auf 20,5 Prozent und verliert 40 Mandate. Die Regierungskoalition der 18. Wahlperiode hat zusammen 105 Mandate verloren. Angela Merkel und die Unionsparteien haben ihr Wahlziel erreicht, stärkste Kraft zu bleiben. Ein „Weiter so“ ist jedoch nicht möglich.

DIE LINKE gewann 0,6 Prozent und fünf zusätzliche Mandate. Die Grünen bekamen 0,5 Prozent mehr, ein Plus von vier Mandaten. Die FDP bekam 6,0 Prozent hinzu und zieht mit 80 Mandaten wieder

ein. Für die AfD stimmten zusätzlich 7,6 Prozent, sie zieht mit 94 Mandaten in den 19. Bundestag ein. Es gibt bei ihr bereits erste Fraktionsaustritte.

Durch die hohe Zahl von Ausgleichsmandaten hat der neue Bundestag 709 Abgeordnete.

Für DIE LINKE zeigt sich eine nach Ost und West unterschiedliche Entwicklung. 2013 bekam DIE LINKE in den ostdeutschen Ländern im Durchschnitt 22,7 Prozent, in den westdeutschen 5,6 Prozent. In der Bundestagswahl 2017 ist sie im Mittel der ostdeutschen Länder um 4,9 Prozent auf 17,8 Prozent gefallen, im Durchschnitt der westdeutschen Länder um 1,8 Prozent von 5,6 Prozent in 2013 auf 7,4 Prozent im Jahr 2017 gestiegen. DIE LINKE ist zehn Jahre nach ihrer Gründung auf dem Weg

zu einer bundesweit verankerten Partei ein gutes Stück weiter gekommen. Das ist gut. Der Trend spiegelt aber auch die nachlassende Wähler*innenbindung aus der PDS-Tradition seit 1990 und die Notwendigkeit der weiteren Erneuerung und Stärkung der LINKEN.

Ein Blick in die Ergebnisse in den ostdeutschen Bundesländern zeigt folgende Aufreihung für DIE LINKE:

1. Berlin: 18,8 Prozent (Regierung: SPD, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN);
2. Sachsen-Anhalt: 17,8 Prozent (Regierung: CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN);
3. Mecklenburg-Vorpommern: 17,8 Prozent (Regierung: SPD, CDU);
4. Brandenburg: 17,2 Prozent (Regierung: SPD, DIE LINKE),
5. Thüringen: 16,9 Prozent (Regierung: DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN);
6. Sachsen: 16,1 Prozent (Regierung: CDU, SPD).

Hieran lässt sich auch erkennen, dass die entscheidenden Fragen vornehmlich bundespolitische Themen waren. Die landesverbandlichen Situationen sind (inklusive der Haltung zur Regierungsbeteiligung) mit einer Schwankungsbreite von 2,7 Prozent in die Wahlentscheidungen eingeflossen.

Als zahlenmäßige Regierungskoalitionen sind erneut CDU/CSU und SPD (44 Stimmen Mehrheit) oder CDU/CSU/FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (38 Stimmen Mehrheit) möglich.



Zeichnung: Gertrud Zucker

von
Peter Frigger,
 wissenschaftlicher
 Mitarbeiter des MdB
 Thomas Nord

Durch die Regierungsabsage der SPD am Wahlabend wird als erstes die Möglichkeit einer nach den Farben der Jamaika-Flagge benannte Koalition aus Schwarz-Grün-Gelb sondiert. Zurzeit wird aber mehr über Posten als über Politik geredet. Scheitern die Sondierungen, wird die SPD das von Schulz verkündete Nein überprüfen. Blicke sie mit ihrer Verweigerung standhaft, wäre sie die verantwortliche Auslöserin von Neuwahlen und die Frage, ob das ein besseres Ergebnis für sie bringen würde, zum Gradmesser der Beurteilung.

Der Regierungsbildungsprozess wird sich, wie schon bei den Koalitionsverhandlungen 2013, in die Länge ziehen. Zunächst steht am 15. Oktober die vorgezogene Landtagswahl in Niedersachsen an, die durch den Fraktions- und Parteiwechsel einer BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Abgeordneten zur CDU ausgelöst wurde. Je nach Ausgang der Wahl wird der eine oder andere Parteivorsitz noch wackeliger. Kann sich Martin Schulz halten? Kann Angela Merkel am Vorsitz festhalten oder trennt sie nach dem Modell von Gerhard Schröder Vorsitz und Kanzlerschaft? Sie ist schon vor Beginn ihrer vierten Amtszeit eine geschwächte Kanzlerin.

Zum Schluss zur AfD. Sie hatte 2013 mit 4,7 Prozent den Einzug verpasst. Die damaligen Themen waren Euro-Rettung, Banken-Rettung, Schuldunion, Nord-Süd-Spaltung, ausufernde EU-Bürokratie. Die schwindende Souveränität des Nationalstaats. Das Plus von 7,9 Prozent speist sich 2017 zusätzlich aus Themen, die die Merkel-Union nach Einführung des Mindestlohns, Abschaffung der Wehrpflicht oder der Beibehaltung von offenen Grenzen angesichts der Migration von 2015 aufgegeben hat.

Indem die Union in die Mitte und damit von rechts nach links gerutscht ist, hat sich Rechts ein Vakuum aufgetan, in das die AfD gestoßen ist. Sie hat Positionskämpfe ausgetragen, die von Lucke über Petry zu Höcke, Meuthen und Gauland gehen. Zu der nationalliberalen EU- und Euro-Kritik haben sich ein Hassgesang gegen Flüchtlinge und ein Lobgesang auf die Wehrmacht gesellt. Der Wandlungsprozess von einer selbstgefälligen Professoren- zu einer Jagen wolenden Sturmpartei ist immer noch nicht abgeschlossen.

Europapolitisch betrachtet ist mit dem Einzug der AfD die Auseinandersetzung um die Vertiefung der Union oder den Rückbau zur Na-

tion auch im Bundesparlament angekommen. Zu den Wahren Finnen, dem Front National, der Partei für die Freiheit, der Lega Nord und der FPÖ ist eine weitere »blaue« Partei hinzu gekommen. Petry, Le Pen, Strache und Wilders hatten im Frühjahr 2015 einen patriotischen Frühling ausgerufen. An den damals proklamierten Zielen ist er gescheitert. Hofer ist nicht Präsident in Österreich. Wilders nicht Ministerpräsident der Niederlande. Le Pen nicht Präsidentin in Frankreich. Petry aus der AfD ausgetreten.

Aber der Kampf ist nicht zu Ende. Er tritt in einen neuen Abschnitt.

Im September hat der französische Präsident, Emmanuel Macron, eine Offensive zur Erneuerung der EU gestartet. Er fordert einen neuen Elysee-Vertrag, ein Euro-Zonen-Budget, einen europäischen Finanzminister, eine Europäische Armee, eine Europäische Grenzsicherung, ein europäisches Asyl- und Einreisensystem. Auf dem EU-Ratstreffen im Dezember sollen erste Beschlüsse vorliegen. Kommt die FPÖ am 15. Oktober in Wien in die Regierung, wird die Diskussion im EU-Rat noch einmal hitziger.

Für DIE LINKE jedoch heißt der Gegensatz nicht Union oder Nation, sondern Kapital und Arbeit.

DOKUMENTIERT

Schlussfolgerungen aus der Bundestagswahl

Der Ältestenrat der Partei DIE LINKE veröffentlichte am 12. Oktober 2017 ein von ihm am 5. Oktober unter Vorsitz von Hans Modrow verabschiedetes Positionspapier zum Ergebnis der Bundestagswahlen:

1. Ähnlich wie in den europäischen Nachbarländern haben die Bundestagswahlen, insgesamt gesehen, eine unübersehbare Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse nach rechts sichtbar gemacht. (...)

2. (...) Durch die Stärke und die Rolle der BRD wird diese Rechtstendenz weitere Impulse erhalten. Diese europäische Dimension blieb im Wahlkampf weitgehend unbeachtet, was auch für DIE LINKE gilt. Nach der Bestätigung einer konservativ-rechtspopulistischen Regierungskoalition in Norwegen müssen wir mit entsprechenden Verschiebungen der Kräfteverhältnisse in Österreich, Tschechien und Anfang 2018 in Italien rechnen.

3. (...) Die Linkspartei verfehlte ihr Ziel deutlich, erneut drittstärkste Kraft zu werden. Sie hat in allen ostdeutschen Flächenlän-

dern gegenüber 2013 spürbar an Zuspruch verloren, und zwar so gleichmäßig, dass es kaum mit Erfahrungen der Wähler in den einzelnen Ländern zusammenhängen kann. Im Westen dagegen lag die Linkspartei durchweg über fünf Prozent, zum Teil sehr deutlich über ihren bisherigen Ergebnissen bei Bundestagswahlen. Sie hat sich im schwierigen Südwesten aus dem Milieu der Splitterparteien herausgearbeitet. (...)

Die Entwicklung der bundesdeutschen Gesellschaft nach rechts erfordert eine umfassende gesamtgesellschaftliche Analyse und sollte nicht nur auf die AfD ausgerichtet sein. Obwohl DIE LINKE bei der Wahl Erfolge erzielen konnte, plädieren wir für eine selbstkritische Bestandsaufnahme und solidarische Diskussion in der Partei mit dem Ziel einer Stärkung der strategischen Zielsetzungen. (...) Die europäischen Länder kommen nicht umhin zu

akzeptieren, dass mit Trump und dem Brexit eine politische und soziale Zeitenwende eingeleitet wurde. (...)

4. Der Aufwärtstrend des Rechtspopulismus ist Resultat mehrerer Faktoren: Die Fluchtbewegung nach Deutschland oder Österreich hatte eine Katalysatorfunktion. Die Grundkonstellation ist die aufgestaute immense Wut eines Teils der Bevölkerung. (...) Angesichts der gewachsenen und wohl weiter zunehmenden Stärke einer Rechtsentwicklung wird ein neues Verhältnis zwischen der SPD und der LINKEN zu einer historischen Herausforderung. (...) DIE LINKE müsste ihren Kräftezuwachs im Westen auf- und annehmen. Sie muss aber auch ihre Bereitschaft bekunden und entwickeln, in den Grundfragen und strategischen Orientierungen Korrekturen anzustreben. (...) Im Westen und noch mehr im Osten steht

DIE LINKE vor einer Prüfung ihres Verhältnisses zu den vielfältigen sozialen Bewegungen. (...)

Dringend geboten ist eine Aufarbeitung der letzten 27 Jahre im Hinblick auf die ökonomische, politische, soziale und kulturelle Lage und Befindlichkeiten der Bevölkerung in den neuen Bundesländern. (...) Die staatlich verordnete Erinnerungskultur drängt die Verbrechen des deutschen Faschismus und die Tradition des antifaschistischen Widerstandes immer mehr aus Geschichtsbeobachtungen und verstärkt mit Hilfe der Formel von »den zwei Diktaturen« eine Gleichsetzung der DDR mit dem »Dritten Reich«. Eine LINKE, die sich diesem mehr und mehr beugt, enttäuscht nicht nur größere Teile ihrer ostdeutschen Wählerschaft, sondern lässt Freiräume für Verherrlichung faschistischer Ideologien. (...)

Quelle: „junge Welt“, 13. 10. 17, S. 8

DIE LINKE in Ost und West mit 69 Abgeordneten im Deutschen Bundestag

Zusammen ein Plus

Am 24. September hat DIE LINKE in ihren bisherigen Hochburgen in Ostdeutschland kräftig verloren und dort wird nun ihre Rolle als Volkspartei in Frage gestellt. Zugleich haben wir im Westen erhebliche Zugewinne und konnten somit unser Ergebnis auf 9,2 Prozent steigern, was einem absoluten Zuwachs um mehr als einer halben Million Wähler*innen entspricht. Das bisher zweitbeste Ergebnis bei Bundestagswahlen überhaupt.

Trotz eines engagierten Wahlkampfes unserer Genoss*innen, insbesondere unseres Direktkandidaten Thomas Nord, gelang es unserem Kreisverband Oder-Spree nicht, der deutschlandweiten Rechtsverschiebung genügend entgegenzusetzen. Mit 19 Prozent haben wir in unserem Wahlkreis zwar das zweitbeste Ergebnis für DIE LINKE in Brandenburg erzielt, doch verloren wir auch hier den zweiten Platz an die AfD.

Es kann kein Zweifel darin bestehen, dass es für Forderungen nach Mietpreissenkungen, Einschränkungen von Leiharbeit, Ausbau von Gesundheits- und Bildungswesen, ein Ende von Niedriglöhnen und Prekarisierung breite Mehrheiten in der arbeitenden Bevölkerung gibt, die aber durch Gewerkschaftsführungen und die gesellschaftliche Linke nicht ausreichend mobilisiert werden.

Deutliche Rechtsverschiebung

Stattdessen erleben wir eine starke parlamentarischen Rechtsverschiebung. Dabei ist die Geflüchteten- und Migrationsfrage nur ein Faktor für das Abschneiden der Rechtspopulisten. Migranteneindlichkeit bzw. Sorgen vor den sozialen Folgen von Zuwanderung sind für die meisten AfD-Wähler*innen entscheidend. Gleichzeitig erklärt sich der Erfolg der AfD nicht nur daraus. 60 Prozent der AfD-Wähler*innen haben der Partei nicht aus Überzeugung ihre Stimme gegeben. Sie wollten ein Zeichen setzen gegen eine herrschende Politik, die die sozialen Interessen der Bevölkerung ignoriert.

Zuwachs bei den LINKEN

Nach diesem politischen Erdbeben gab es für uns aber die erfreu-

liche Entwicklung, dass sehr viele Menschen seit dem Wahlsonntag in DIE LINKE eingetreten sind. In den ersten sieben Tagen nach der Wahl gingen aus ganz Deutschland über 1 300 Eintrittserklärungen im Internet ein. Somit zählt unsere Partei wieder über 60 000 Mitglieder.

Unter den erwähnten Neueintreten befinden sich auch viele junge Menschen, oftmals mit höherem Bildungsstand, die unsere Partei als einzige Alternative zur AfD und dem internationalem Rechtstrend gesehen und uns gerade deshalb gewählt haben. Und das auch, weil wir für die am wenigsten restriktivste Flüchtlingspolitik eingetreten sind.

Aus diesem und aus humanistischen Gründen, wären wir schlecht beraten unser Ziel aufzugeben und im scharfen kalten rechten Wind klein beizugehen und in den Chor der anderen Parteien einzustimmen. Stattdessen sollten wir die Lage analysieren und uns überlegen, wie wir uns dem Rechtsruck entgegenstellen und dabei stärker werden können.

Dazu gehört unter anderem aufzuzeigen, dass die AfD keineswegs die Partei der Armen und Ausgegrenzten ist, sondern die Umverteilung von unten nach oben als radikal neoliberale Kraft noch beschleunigen will. Für Gewerkschaften und linke Parteien muss das heißen, sich auf härtere Auseinandersetzungen auf der Straße und in den Betrieben vorzubereiten – und sich nicht in die Defensive drängen zu lassen, sondern vom ersten Tag der neuen Regierung deutlich die eigenen Forderungen zu formulieren, und auch für diese zu mobilisieren.

Sozialen Unfrieden nach links politisieren

Vor allem der SPD aber auch uns gelingt es kaum noch, kollektive soziale Interessen zu bündeln und zum Ausdruck zu bringen. Insofern müssen wir uns bei der Frage, wie der Aufstieg der AfD (und der radikalen Rechten generell) gestoppt werden kann, weniger auf die Partei als vielmehr auf die gesellschaftlichen Zustände, die die AfD hervorgebracht haben, konzentrieren. Wenn der Aufstieg der radikalen

Rechten in Europa und den USA Ausdruck der gegenwärtigen Krise des kapitalistischen Gesellschaftsmodells ist, dann muss der Kampf gegen diese Rechte an diesem Gesellschaftsmodell ansetzen.

Dazu müssen wir mehr Angebote machen, den sozialen Unfrieden nach links zu politisieren und dabei unsere emanzipatorischen Vorstellungen in die Praxis umzusetzen. Wir brauchen Projekte, die tatsächlich reale Verbesserungen für Menschen hervorbringen und ihnen das Gefühl geben, dass der gemeinsame Kampf Früchte tragen kann. Das gilt für jede alltägliche Interaktion, aber auch für die Massenmobilisierungen durch linke fortschrittliche Kräfte. Nur dann kann DIE LINKE als emanzipatorisches, offensives Projekt gegen die herrschenden Verhältnisse – jenseits von Gauland, Höcke, und den vielen Sarrazins – wahrgenommen werden.

Viele politische Beobachter*innen sehen die Ost-West-Verschiebung unserer Wahlergebnisse als eine Normalisierung an. Die Verluste im Osten jedoch einfach so hinzunehmen, kann und darf nicht unsere Schlussfolgerung sein.

Eines ist klar: 2018 können wir uns nicht ausruhen. Wir sollten nun in allen Ortsverbänden und Fraktionen und im gemeinsamen Austausch innerhalb des Kreisverbandes über Maßnahmen diskutieren, wie wir bei den anstehenden Bürgermeisterwahlen im nächsten Jahr und im Superwahljahr in Brandenburg 2019 wieder deutlich mehr von unserem Potential abrufen können.



von
Christopher Voß,
 Vorsitzender
 DIE LINKE im
 Oder-Spree-Kreis

*Podiumsdiskussion mit Thomas Nord, Christopher Voß und Jan van Aken (v.l.) am 5. September in Schöneiche
 Foto: DIE LINKE*





von
Frithjof Bastian,
Kreiswahlkampf-
leiter

DIE LINKE in Oder-Spree – Rückblick auf den Bundestagswahlkampf 2017

An unserem Engagement hat es sicherlich nicht gelegen. Dieses Fazit möchte ich als Kreiswahlkampfleiter gleich vorweg nehmen. Und das obwohl wir schon mit deutlich besseren Ergebnissen verwöhnt wurden als die 18,2 Prozent, die uns die Bundestagswahl in Oder-Spree beschert hat. Dass wir damit leicht über dem landesweiten Ergebnis liegen, ist lediglich ein schwacher Trost. Über die Ursachen möchte ich an dieser Stelle jedoch nicht philosophieren, sondern vielmehr einen Rückblick auf das Geleistete werfen.

Vermutlich nicht nur ich hatte das Gefühl, dass der lange Zeit als langweilig beschriebene Wahlkampf mit zunehmender Dauer bzw. je näher der Wahlsonntag rückte dann

doch noch an Fahrt aufnahm. Als ein Grund dafür wurde häufig das KanzlerInnenduell genannt, das viele soziale Themen vermissen ließ. Aus eigenem Erleben kann ich bestätigen, dass uns danach das Material förmlich aus den Händen gerissen wurde. Und nicht nur das: Beim Handwerker- und Bauernmarkt in Fürstenwalde am zweiten Sonntag im September haben die Genossinnen und Genossen 90 Kilogramm Markendorfer Äpfel und Pflaumen binnen drei Stunden gegen Spende abgegeben. Nun gut, vielleicht lag das auch ein wenig am schlechten Obstjahr. Aber auch die rund 300 gepackten Tüten mit Infomaterial, die am gleichen Tag den Besitzer wechselten, hatte wohl niemand der Beteiligten für möglich gehalten.

Dabei fing Anfang August noch alles sehr gemächlich an. Unser Bundestagskandidat und alter wie neuer Bundestagsabgeordneter Thomas Nord hatte für sich beschlossen, vor der heißen Wahlkampfphase dorthin zu gehen, wo sich sonst eher kein Bundespolitiker blicken lässt: auf das flache Land. In Langewahl, Beerfelde und Kehrigk war der Zuspruch bei den dort durchgeführten Grillabenden allerdings überschaubar. Sicherlich trugen die Sommerferien und das Badewetter ihren Teil mit dazu bei. Als die Orte schließlich größer wurden, nahm aber auch die Teilnehmerzahl zu und lag in Müllrose und Erkner bei 50 und darüber. Und auch die Grillabende weit im September, die der Stadtverband Fürstenwalde in seinen Stadtteilen



Podiumsdiskussion mit Thomas Nord, Bodo Ramelow und Franziska Schneider (v.l.) am 15. September in Schöneiche



Grillabend mit Thomas Nord am 14. September mit freiwilligen Helfern der GefAS in Erkner



Grillabend mit 50 Besuchern am 22. August in Müllrose



Kirsten Tackmann (3.v.l.) und Thomas Nord (4.v.l.) besuchten am 10. August die Agrargenossenschaft in Friedland

mal mit, mal ohne Bundestagskandidaten durchführte, hatten trotz des nicht immer idealen Grillwetters einen besseren Zuspruch als zuvor erwartet.

Obwohl die zentrale Wahlkampfveranstaltung mit Gregor Gysi in Frankfurt (Oder) stattfand und zuvor schon Katja Kipping dort bei einer Matinee weilte, konnten wir auch in Oder-Spree einige Veranstaltungen mit namhaften Politikern bzw. Persönlichkeiten durchführen. Den Auftakt machten im Juli Anke Domscheit-Berg und ihr Mann Daniel, der ehemalige Sprecher von WikiLeaks, als es in Fürstenwalde um die Enthüllung der US-amerikanischen Depeschen im Jahr 2011 ging. Im August folgte das Sommergrillen des Kreisverbandes auf der Burg Friedland, bei dem die brandenburgische Spitzenkandidatin Kirsten Tackmann zu Gast war. Im September fanden dann in Schöneiche zwei Podiumsdiskussionen statt, bei denen Thomas Nord zum einen mit Jan van Aken, dem ehemaligen

UN-Biowaffeninspekteur, der nach zwei Legislaturen im Bundestag nicht erneut kandidierte, und zum anderen mit dem Thüringischen und bislang einzigem linken Ministerpräsidenten Bodo Ramelow über ihre Erlebnisse diskutierte. Beide Veranstaltungen waren inhaltlich sehr gut, wurden teils von deutschlandweit bekannten Journalisten (Reinhold Beckmann) begleitet, hätten aber etwas besser besucht sein können.

Weitere Highlights, wenn auch weniger prominent besetzt, aber inhaltlich deshalb nicht schlechter, waren Diskussionsveranstaltungen in Erkner und Woltersdorf sowie Veranstaltungen in und um Eisenhüttenstadt. Wenngleich letztere bei ihrem Inselfest am Tag vor der Wahl mit Petrus offenbar nicht im Bunde waren.



Diskussionsabend am 31. August in Woltersdorf



Thomas Nord am 1. September, dem Weltfriedenstag, in Storkow

**Wir sagen
Danke!
DIE LINKE.**

Wir danken allen unseren Wählerinnen und Wählern, Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern, Unterstützerinnen und Unterstützern. www.die-linke.de

Zumindest ein Teil der dafür eingekauften Lebensmittel fand aber zwei Wochen später bei der Kreisdelegiertenkonferenz dann noch dankbare Abnehmer.

Und auch der klassische Infostand hatte in diesem Wahlkampf einiges zu bieten. So ließen sich z.B. die Genossinnen und Genossen in Bad Saarow nicht lumpen und fuhren große Geschütze auf. Mit rotem Zelt, Kaffee und selbstgebackenem Kuchen gab es neben der Kost für das Gehirn auch welche für den Magen. Die Folge waren unzählige Gespräche. Auch hier waren, wie im ganzen Wahlkampf übrigens, die kritischen Stimmen der LINKEN gegenüber die absolute Ausnahme.

Man möge es mir verzeihen, dass ich hier nicht jede einzelne Aktivität aufzählen kann. Stattdessen möchte ich festhalten, dass keine andere Partei in diesem Wahlkampf wieder so viele Mitglieder mobilisiert haben dürfte, um in Oder-Spree rund 50 000 Flyer und auch einige tausend Wahlkampfzeitungen per Hand zu verteilen, dutzende Infostände zu besetzen oder Veranstaltungen unterschiedlichster Art durchzuführen bzw. abzusichern. Von der Anbringung von gut 2 000 Plakaten ganz zu schweigen. Dafür möchte ich allen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern meinen herzlichsten Dank aussprechen. Wo auch immer ich in den vergangenen Wochen auf Euch gestoßen bin, es hat Spaß gemacht.

Fotos: DIE LINKE

Links für ein städtisches progressives Milieu



Jakob Migenda ist Bundessprecher der linksjugend [solid].

Jakob Migenda war von Juni 2014 bis April 2017 sachkundiger Einwohner bzw. Stadtverordneter der Fraktion DIE LINKE in der SVV Erkner.

Verankerung in antirassistischen Bewegungen, progressiven akademischen Milieus und bei Erwerbslosen: Gastbeitrag von Jakob Migenda zur Debatte um die Strategie der Linkspartei

Nach dem Rechtsruck bei der Bundestagswahl bläst uns der Wind zweifelsohne scharf entgegen. Auf einem Schiff hat man bei Gegenwind zwei Möglichkeiten: einfach eine Kehrtwende machen oder gegen den Wind kreuzen, um das Ziel im Auge zu behalten. Wir wären schlecht beraten, unser Ziel aufzugeben, im scharfen kalten rechten Wind klein beizugeben und in den Chor der anderen Parteien einzustimmen. Stattdessen sollten wir die Lage analysieren und uns überlegen, wie wir uns dem Rechtsruck entgegenstellen und dabei stärker werden können.

Wenn Sahra Wagenknecht am Wahlabend, als ein klares Statement gegen den Rassismus der AfD bitter nötig gewesen wäre, überlegt, ob wir es uns in der Geflüchtetenfrage zum Teil zu leicht gemacht hätten, ist das ein Einknicken vor dem Gegenwind und ein fatales Signal. Genauso wie Oskar Lafontaine Stoß in das gleiche Horn ein paar Tage später.

Ich habe vor und im Wahlkampf manche Gespräche mit Schwankenden geführt, die auch Ängste vor Migration haben. Da kommen durchaus auch Aussagen, bei denen man schlucken muss. Aber trotzdem habe ich mir die Zeit genommen, mit ihnen zu reden und auf die fehlenden Investitionen in Infrastruktur und Sozialsysteme, auf Fluchtursachen und auf unsere Konzepte hingewiesen. Sicherlich habe ich nicht alle überzeugen können, aber ich habe es mir bestimmt nicht leicht gemacht. Und manche habe ich damit für eine soziale Politik erreicht, ohne antirassistische Grundsätze aufzugeben. Genauso

wenig haben es sich tausende unserer Genoss*innen zu leicht gemacht, die im ganzen Land genauso gehandelt haben.

Wir sollten auch nicht vergessen, dass Umfragen belegen, dass uns der Großteil unserer Anhänger*innen nicht trotz unserer Asylpolitik unterstützt, sondern voll hinter ihr steht. Wenn wir von unserer Position abweichen, werden wir keine Menschen erreichen, die für uns vorerst sowieso verloren sind und nur wenig Schwankende gewinnen. Aber wir werden viele, für die wir der letzte Verbündete im deutschen Parteiensystem sind, verlieren.

Statt vor dem rechten Gegenwind klein beizugeben und bei der Kehrtwende unsere Verbündeten über Bord gehen zu lassen, müssen wir uns viel dringender fragen, wie wir strategisch vorankommen, um in den kommenden vier Jahren stärker zu werden. Dafür müssen wir sowohl einen Blick auf die Parteienkonstellation werfen, als auch auf die tieferliegenden gesellschaftlichen Entwicklungen.

Wir haben es einerseits mit einer SPD zu tun, die auch in der Opposition keine ernsthaften Anstalten unternimmt nach links zu rücken. Andererseits haben wir Grüne, die in der Regierung mit Union und FDP sicherlich nach rechts rücken werden. Sie werden den linken Flügel ihrer Mitglieds- und Wähler*innenschaft kaum integrieren können. Das lässt viel offenen linken Raum, den wir füllen müssen, und zugleich minimiert es Chancen auf eine linke Regierung in vier Jahren.

Um diese Lücke zu füllen und die Menschen zu erreichen, müssen

wir zwei politische Schwerpunkte weiter vertiefen: Erstens die Verankerung in progressiven und antirassistischen Bewegungen, um ein Sprachrohr für ein – zunehmend prekäres! – städtisches progressives akademisches Milieu zu sein, das sich von den Grünen immer weiter entfremdet. Und zweitens die Verankerung vor allem in den Dienstleistungsgewerkschaften, um ein Sprachrohr gegen die fortschreitende Prekarisierung zu sein und Klassenmacht politisch und gewerkschaftlich zu organisieren. Um verankert zu sein, müssen wir auch personell vertreten sein. Es muss selbstverständlich sein, dass die Vertrauensfrau von ver.di, die Sprecherin einer Mieterinitiative oder der Helfer im Geflüchtetenheim Genoss*in ist, so erreichen wir auch neue Wähler*innen.

Diese strategische Ausrichtung ist sicherlich nicht immer widerspruchsfrei, aber es ist keineswegs ein Spagat. Beide Gruppen nähern sich sozioökonomisch und lebensweltlich immer weiter an: Immer mehr Berufe verlangen eine Hochschulausbildung und immer mehr Akademiker*innen leben prekär.

Bei unserer Ausrichtung dürfen wir auch eine dritte Gruppe nicht vergessen. Wir müssen es wieder schaffen Arbeitslose, so stark zu vertreten wie 2005 und 2009. Wir müssen es schaffen mit Haustürgesprächen, Sozialberatungen und geselligen Veranstaltungen in Brennpunkten eine Kümmererpartei 2.0 zu sein. Und wir müssen unsere Politik gegen Hartz IV und soziale Ungerechtigkeit laut und manchmal auch aggressiv hörbar machen. Wenn wir zu leise und zu brav sind, ist es rational, einen anderen schrilleren Protest zu wählen, um überhaupt durchzudringen – oder noch wahrscheinlicher ganz zu resignieren.

Wenn wir unsere Strategie auf diese drei Gruppen ausrichten, können wir unser Potential am besten ausschöpfen und linke Politik stärken. Diese Strategie hält und vertieft den Kurs – eine opportunistische Wende ist nicht nötig.

Quelle:
Internetauftritt der sozialistischen Tageszeitung „neues deutschland“ – <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1065462.links-fuer-ein-staedtisches-progressives-milieu.html>

Unter dem Titel „Holen wir uns die Zukunft zurück“ stand die Kampagne der linksjugend [solid] zur Bundestagswahl 2017.
Weitere Infos: www.linksjugend-solid.de



Bericht der Fraktion DIE LINKE im Kreistag Oder-Spree an die Kreisdelegiertenkonferenz der LINKEN Oder-Spree am 7. Oktober 2017 (Der Bericht umfasst den Zeitraum von April bis Oktober 2017.)

Erstens: Frieden

In jüngerer Zeit ist nach dem Bekanntwerden von Terrorvorbereitungen junger Offiziere die Pflege militaristischer Traditionen in der Bundeswehr verstärkt in den Blick öffentlichen Interesses geraten. In diesem Zusammenhang sind auch Auseinandersetzungen um den Namen der „Kurmark-Kaserne“ in Storkow aufgeflammt.

Dazu hat die Fraktion unter dem Titel: „Zwischen Kurmark-Kaserne und Friedenshaus“ in einem Flyer zum Weltfriedenstag am 1. September Stellung genommen.

Gerade weil aus der Kurmark-Kaserne in Storkow heute wieder deutsche Soldaten in die Welt geschickt werden, waren historische Zusammenhänge und fortwirkende militaristische Traditionen in Erinnerung zu rufen.

Wer zur Kenntnis nimmt, wie in der Storkower Kaserne auch von Kommunalpolitikern den Bundeswehrsoldaten für „Auslandseinsätze“ der Rücken gestärkt wird, der kommt an der Aussage nicht vorbei: Der Frieden ist auch ein kommunales Thema. Da hat die Bundesrepublik Deutschland ihre Unschuld schon lange verloren.

Dazu passt es, wenn in der Bundeswehr nicht nur Devotionalien der faschistischen Wehrmacht aufzufinden sind, sondern auch bereits von der SS und der Wehrmacht gebrauchte Traditionsnamen weiter gepflegt werden. Dagegen haben wir uns positioniert und auch der Kreisverband sollte die BO in Storkow dabei weiter unterstützen.

Zweitens: Kreisreform

Die Linksfraktion im Kreistag Oder-Spree hat am 25. April 2017 mit Fraktionen der LINKEN in Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen des Landkreises über die Kreisgebietsreform und ihre absehbare Folgen für den Landkreis Oder-Spree beraten. Die Fraktion kam zu dem Ergebnis, dass der vom Land vorgelegte Reformvorschlag (Referentenentwurf für ein Kreisneugliederungsgesetz von Dezember 2016) einer grundlegenden Überarbeitung bedurfte, um die mit der Reform angestrebten Verbesserungen für die Bürgerinnen und Bürger, die Kommunen und die Verwaltung deutlich zu machen.

Die Fraktion kam darüber hinaus zu der Auffassung, dass eine Kreisgebietsreform durch die Bevölkerung legitimiert werden muss. Sie forderte dafür einen Volksentscheid. Das Verfahren dafür sollte mit dem Gesetz über die Kreisneugliederung geregelt und nicht einem Bürgerbegehren überlassen werden.

Nachdem wir diese Position öffentlich gemacht hatten, wurde uns entgegen gehalten, ein Volksentscheid könne nur über ein Bürgerbegehren eingeleitet werden.

Dem halten wir wiederum den vorangestellten Satz der Verfassung des Landes Brandenburg entgegen. Da heißt es: „Der Landtag hat am 14. April 1992 den Entwurf einer Landesverfassung verabschiedet. Die Brandenburger Bevölkerung hat ihn am 14. Juni 1992 durch Volksentscheid angenommen.“ Es ginge also auch so.

Der Kreistag hat am 4. Oktober 2017 die Kreisgebietsreform einstimmig abgelehnt. Ich nenne hier zwei unserer Gründe:

1. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wird es keine Fusion zwischen der Stadt Frankfurt (Oder) und dem Landkreis Oder-Spree geben. Der Landkreis soll vielmehr aufgelöst und ein neuer Landkreis aus der weiter bestehenden Stadt Frankfurt (Oder) und den Städten und Gemeinden des bisherigen Landkreises Oder-Spree gebildet werden.

Eine Konsequenz dieses Vorgehens wäre es, dass dann das komplette Kreisrecht – und nicht nur der Stadt Frankfurt (Oder) betreffende Teil – innerhalb kürzester Frist neu beschlossen werden müsste. Damit gerieten die Abgeordneten des Kreistages in die Lage mancher Bundestagsabgeordneter: Beschlüsse zu fassen, die sie kaum kennen geschweige denn gründlich überblicken können.

2. Unser Landkreis hat 2016 pro Einwohner 144,83 € zur Finanzierung der Kosten der Unterkunft (KdU) aufgebracht. Das waren insgesamt 26,4 Mio. €. In der Stadt Frankfurt (Oder) waren es 232,25 € pro Kopf und insgesamt knapp 13,5 Mio. €. Rechnet man beides zusammen, so beliefe sich in einem gemeinsamen Landkreis der Aufwand pro Einwohner (nicht nur pro KdU-Betroffener) auf 168,94 €.

Das ist eine Mehrbelastung von 21 € für jede Einwohnerin und jeden Einwohner des dann ehemaligen Landkreises Oder-Spree. Nach den Berechnungen unserer Kreisverwaltung würde der bisherige Landkreis Oder-Spree nach Anrechnung anderer Finanzierungen allein aus diesem Posten jährlich rund 5 Mio. € Minus machen.

Ich wüsste schon gern, wie denn der Landkreis die in der Stadt Frankfurt (Oder) anfallenden Kosten der Unterkunft so extrem drücken kann, das künftig eben nicht das Geld dafür aus dem finanziell schlecht aufgestellten Dorf in die finanziell schlecht aufgestellte Stadt fließt. Der Landkreis hat

schließlich allenfalls auf den vergleichsweise geringen Teil der Verwaltungskosten Einfluss. Auf den weitaus überwiegenden Teil haben die mit Hartz IV gestraften Menschen immerhin einen gesetzlichen Anspruch. Und Sozialabbau, die fern der Realität liegende Absenkung der als angemessen anerkannten Kosten der Unterkunft für die Betroffenen, sind mit uns nicht zu machen.

Drittens: Anträge im Kreistag Schülerbeförderung – Wir haben den Antrag eingebracht, im Landkreis eine noch bestehende Lücke im Anspruch auf Schülerbeförderung zu schließen.

Der Landkreis Oder-Spree hat eine Schülerbeförderungssatzung, die sich brandenburgweit sehen lassen kann. Wir haben in den meisten Fällen einen Anspruch auf kostenfreie Schülerbeförderung. Das geht wesentlich auf unsere Aktivitäten in der Vergangenheit zurück und ist landesweit nicht die Regel, sondern die Ausnahme.

Mit unserem Antrag wollen wir nun auch die noch bestehende Lücke in den Sommermonaten schließen, denn die gegenwärtige Regelung deckt nicht die Beförderung zur Wahrnehmung von Angeboten der Bildung, Betreuung und Erholung zwischen dem letzten Schultag eines Schuljahres und dem ersten Schultag des folgenden Schuljahres ab. Wenn es in den Ferienmonaten Angebote an den Schulen gibt, sollen sie auch hinsichtlich der Beförderung kostenfrei sein. Das Ferienticket ist mit 30 € für 6 Wochen eben nicht für alle eine ohne weiteres tragbare Lösung.

Darüber hinaus ging es uns darum, die Regelungen für den Schülerspezialverkehr – d.h. die Beförderung behinderter Kinder – besser den konkreten Bedürfnissen anzupassen.

Der Umgang mit diesem Antrag war bezeichnend. Angesichts der klaren Sachlage fehlte den Fraktionen von SPD und CDU der Mut, offen dagegen aufzutreten. So wurde er im Juni erst einmal in die Ausschüsse überwiesen. Als wir den Antrag nach der Behandlung in den Ausschüssen für den Kreistag am 4. Oktober erneut aufriefen, wiederholte sich das Spiel.

Offen zu Tage trat an dieser Stelle wieder die Koalition von SPD und CDU. Nun soll der Antrag im Dezember 2017 erneut behandelt werden. Wir werden dran bleiben.

Ein ähnliches Schicksal war unserem Antrag beschieden, im Landkreis die **Voraussetzungen für einen Kreis-Elternbeirat für Kitas schaffen**. Mit der Änderung des Kita-Gesetzes im Juli 2015 hat

te der Landtag die Einführung von örtlichen Elternbeiräten in den Landkreisen bzw. kreisfreien Städten sowie die Einführung eines Landeselternbeirates für die Kindertagesstätten beschlossen. Damit schuf er die gesetzliche Grundlage für eine stärkere Beteiligung von Eltern an den Angelegenheiten der Kita über die Ebene der einzelnen Einrichtung hinaus.

Laut Kita-Gesetz soll der Elternbeirat in allen wesentlichen, die Kindertagesbetreuung betreffenden Fragen gehört werden. Damit wird nicht nur ein höheres Maß an Beteiligung und Transparenz erreicht, sondern auch mehr Akzeptanz geschaffen.

Unser Antrag wurde im Juni 2017 in die Ausschüsse überwiesen. Positiv zu vermerken ist, dass die Kreisverwaltung danach einige der Maßnahmen eingeleitet hatte, die wir mit dem Antrag anstrebten. Am 4. Oktober wurde der Antrag dann allerdings wiederum auf die lange Bank geschoben.

Beide Anträge zusammen gesehen zeugen von der Wirksamkeit der CDU-SPD-Koalition im Kreistag. Wenn sie schon Anträgen der **LINKEN** nichts Inhaltliches entgegen zu setzen haben, dann werden sie wenigstens verschoben. Der Kampf geht also weiter.

In der Phase seiner Diskussion haben wir dem Entwurf des neuen Schulentwicklungsplanes größere Öffentlichkeit zu verschaffen. Gerade in diesem Bereich stoßen unterschiedliche Interessen kreisangehöriger Kommunen aufeinander. Für uns steht im Mittelpunkt, dass jede Schülerin und jeder Schüler die Möglichkeit haben muss, eine ihren/seinen Fähigkeiten entsprechende öffentliche Schule zu vernünftigen Bedingungen zu besuchen. Kommunales Gegeneinander ist da nicht hilfreich.

Der neu gewählte Landrat hat dazu beigetragen, dass sich das kommunalpolitische Klima im Landkreis Oder-Spree verändert hat. Auf seinen Vorschlag wurde Gundula Teltewskaja zur Beigeordneten gewählt. Sie war für uns über viele Jahre in der Gemeindevertretung von Schöneiche aktiv und trägt jetzt Verantwortung für die ländliche Entwicklung im Kreis. Geben wir ihr die nötige Unterstützung, damit ländliche Entwicklung nicht Schlagwort bleibt, sondern tatsächlich gefördert wird.

Konflikte und Auseinandersetzungen wird es im Kreistag weiter geben. Sachliche Zusammenarbeit aber hoffentlich auch.

*Dr. Artur Pech,
Vorsitzender der Fraktion
DIE LINKE im Kreistag Oder-Spree*

Zukünftig durch Gesamtmitgliederversammlungen basis-demokratischer aufgestellt

Ergebnisse des Kreisparteitages der LINKEN im Landkreis Oder-Spree

Wahlhandlungen

Wahl des Kreisgeschäftsführers der Partei DIE LINKE Oder-Spree

- **Uwe Tippelt** (Storkow) Ja=33, Nein=8, Enth.=2

Wahl der acht Delegierten zum 6. Landesparteitag der Partei DIE LINKE in Brandenburg

- **Kristina Geisler** (Beeskow) 25 Stimmen
- **Marianne Grund** (Eisenhüttenstadt) 28 Stimmen
- **Maud Wiegand-Kaufmann** (Schöneiche) 28 Stimmen
- **Diana Makarov** (Eisenhüttenstadt) 32 Stimmen
- **Peter Mattigk** (Fürstenwalde) 29 Stimmen
- **Sebastian Meskes** (Woltersdorf) 23 Stimmen
- **Fritz Viertel** (Schöneiche) 28 Stimmen
- **Christopher Voß** (Fürstenwalde) 22 Stimmen

Wahl der vier Delegierten zum 6. Bundesparteitag der Partei DIE LINKE

- **Alexander Klotzovski** (Eisenhüttenst.) 25 Stimmen
- **Dr. Karin Niederstraßer** (Beeskow) 20 Stimmen
- **Fritz Viertel** (Schöneiche) 19 Stimmen
- **Heidemarie Wiechmann** (Eisenhütten.) 30 Stimmen

Am 7. Oktober 2017 fand in der Kleinen Bühne des Friedrich-Wolf-Theaters in Eisenhüttenstadt die 3. Tagung des 5. Kreisparteitages der Partei DIE LINKE Oder-Spree statt. Auf der Tagesordnung standen der Beschlussantrag zur Umwandlung der Kreisparteitage in Gesamtmitgliederversammlungen, die Auswertung der Ergebnisse der Bundestagswahl, die Bürgermeisterwahl in Eisenhüttenstadt, ein Bericht der Fraktion DIE LINKE im Kreistag Oder-Spree sowie turnusmäßige Wahlen.

Mehrheitlich wurde beschlossen, keine Kreisparteitage mehr abzuhalten. Zukünftig ist das höchste Entscheidungsgremium im Kreis eine Mitgliederversammlung, an der jedes im Kreisverband organisierte Parteimitglied stimmberechtig

tigt ist. Dadurch wird die Basisdemokratie gestärkt

Thomas Nord, Mitglied des Bundestages und der Vorsitzende der Kreisorganisation Christopher Voß (siehe Seite 3) schätzten die Bundestagswahlergebnisse ein. Die Eisenhüttenstädter Bürgermeisterkandidatin Dagmar Püschel berichtete über ihren Wahlkampf. Ihr wurde von den Delegierten viel Erfolg in der am folgenden Tag stattfindenden Stichwahl gewünscht. Daran schloss sich eine Diskussion an.

Den Tätigkeitsbericht der Kreispartei (s. S. 7) erhielten die Delegierten als Tischvorlage, da der Vorsitzende der Fraktion Dr. Arthur Pech wegen einer anderen Parteiveranstaltung (Bundesausschuss) entschuldigt war. Eine Diskussion dazu fand nicht statt. *bs*

FilmFestival Cottbus Goes to Kino Movieland

Am Mittwochabend, den 4. Oktober 2017, fand im Kino Movieland Erkner die fünfte kostenlose Filmvorführung von Volkmar Schöneburg statt. Dieses Mal kooperierte Schöneburg mit dem Filmfestival Cottbus, das vom 7. bis 12. November 2017 einen Schwerpunkt auf Vietnam legt. Neben einer Vielzahl anderer Filme wird in Cottbus auch der Dokumentarfilm „Hör ich auf getreu zu sein“ von Regisseur Jan Zabeil gezeigt. Doch zuvor sahen sich über 40 Erkneraner und Umländer den Film im heimischen

Kino an und diskutierten anschließend mit Schöneburg und dem Pressesprecher des Filmfestivals Cottbus, Denis Demmerle.

Der Film „Hör ich auf getreu zu sein“ begleitet mit der Kamera ehemalige Schüler aus Vietnam auf einer außergewöhnlichen, sehr langen Reise von Hanoi über Peking und Moskau nach Moritzburg bei Dresden. Während in ihrer Heimat der Vietnam-Krieg tobte, hatten sie die Chance an einer Grundschule der DDR zu lernen. Mit der Eisenbahn fahren sie 50 Jahre später an den Ort ihrer Kindheit zurück, allerdings liegt dieser nicht mehr in der DDR, sondern in dem wiedervereinigten Deutschland. Der Film reflektiert über zweigeteilte Länder: Zum einen Vietnam, das mit Krieg wiedervereinigt wurde und zum anderen Deutschland, das ohne Gewalt zusammengeführt wurde. „Der Moment, in dem die Schüler auf ihre ehemaligen Lehrer und Erzieher treffen, ist nicht in Worte zu fassen. Doch der Dokumentarfilm schafft es, das emotionale Wiedersehen zwischen Lehrern und Schülern mit der Kamera einzufangen.“, sagt Volkmar Schöneburg.



Foto: DIE LINKE

Dr. Volkmar Schöneburg

Auf die Frage, was Schöneburg dazu bewogen hat, mit dem Cottbuser Filmfestival zu kooperieren, antwortete er: „Erstmal: Im Osten werden einfach gute Filme produziert. Die Bedeutung des osteuropäischen Films ist zudem in der aktuellen außenpolitischen Situation noch wertvoller. Auch medienpolitisch ist das Festival ein Korrektiv, denn auf dem deutschen Filmmarkt spielen hauptsächlich westeuropäische oder amerikanische Filme eine Rolle. Ich bin der Überzeugung, dass die Filme, die im Rahmen des Festivals gezeigt werden, Brücken schmieden, insbesondere zwischen den postsowjetischen und europäischen Ländern.“

Quelle: Spreebote online (<http://spreebote-online.de/politik/film-festival-cottbus-goes-to-kino-movieland/>)

27. FilmFestival Cottbus 7.—12.11.2017

Festival des osteuropäischen Films
Festival of East European Cinema

Zum Filmfestival:

Das 27. FilmFestival Cottbus findet vom 7. bis 12. November 2017 statt und umfasst 150 filmische Einzeltitel. Es zeigt kurze und lange Spielfilme mittel- und osteuropäischer Regisseure und Produzenten. Es bedient eine Bandbreite des osteuropäischen Kinos vom Arthouse Film bis zum Blockbuster, vom Sozialdrama bis zur schwarzen Komödie. Kern des Festivals sind drei Wettbewerbe für Spielfilm, Kurzspielfilm und der tri-nationale U18 Wettbewerb Jugendfilm. Insgesamt vergibt das FilmFestival Cottbus in diesem Jahr Preisgelder im Wert von fast 80000 EUR.

Das Filmfestival im Internet:
<http://www.filmfestivalcottbus.de/de/>

Nachrichten der Linksfraktion im Landtag

Quelle:
Linksdruck-Newsletter
September 2017

■ Gesunde Produkte – Faire Dienstleistungen – Mündige Verbraucher

Dieselskandal, Fipronil-Eier, Air-Berlin-Pleite: drei Themen, die beispielhaft für Herausforderungen im Verbraucherschutz in den vergangenen Wochen und Monaten stehen. Anlass genug für DIE LINKE, eine Aktuelle Stunde zum Verbraucherschutz zu beantragen. Die 2012 von der damaligen Verbraucherschutzministerin Anita Tack vorgelegte verbraucherpolitische Strategie war ein Erfolg, wie eine externe Evaluierung gezeigt hat. Doch es gibt neue Herausforderungen, zu denen auch die Digitalisierung gehört.

Viele Verbraucherinnen und Verbraucher fühlen sich bei Einkäu-

fen oder Inanspruchnahme von Dienstleistungen im Internet nicht ausreichend geschützt. Benötigt werden starke Verbraucherrechte – darunter stellen wir uns auch die Möglichkeit einer Musterfeststellungsklage vor, die etwa im Dieselskandal den betroffenen Verbrauchern zu ihrem Recht verhelfen könnte. Verschiedene Verbrauchergruppen haben unterschiedliche Bedürfnisse, die zu berücksichtigen sind. So muss auch im ländlichen Raum eine gute Verbraucherberatung abgesichert werden. Und eine gute und verbindliche Produktkennzeichnung, beispielsweise zur

Tierhaltung, soll Kaufentscheidungen erleichtern.

In Kürze wird das Verbraucherschutzministerium die Fortschreibung der Verbraucherpolitischen Strategie als Entwurf ins Internet stellen – und damit eine öffentliche Diskussion um Ziele und Maßnahmen eröffnen, an der sich alle Bürgerinnen und Bürger beteiligen können.

*Infos im Internet zum Antrag Drucksache 6/7383 und Videomitschnitt der Rede am 28. 9. 2017 unter:
www.linksfraktion-brandenburg.de/politik/ltsitzung-pol/*



von
Marco Büchel,
MdB, verbraucher-
schutzpolitischer
Sprecher

■ Arbeit der Kreistage stärker unterstützen

Für DIE LINKE ist klar, dass die Kreisgebietsreform mit konkreten Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Kreistagsabgeordneten verbunden werden muss. Die geplante Vergrößerung der Landkreise und die wachsende Komplexität der Anforderungen an die ehrenamtlichen Kommunalpolitiker dürfen nicht zu einer Überforderung dieser Ehrenamtler führen. Deshalb haben wir uns frühzeitig dafür eingesetzt, dass einer solchen Entwicklung konstruktiv begegnet wird. Dazu hat die Landesregierung nun einen Bericht vorgelegt, der entsprechende Vorschläge enthält. Dabei geht es uns vor allem darum, dem wirklichen Bedarf an der kommunalen Basis nachzukommen und eine möglichst große Wirkung zu erzielen. So sollen die Verwendungsmöglichkeiten für Fraktionsmittel flexibler gestaltet werden, soll die Arbeit der

Kreistagsfraktionen durch hauptamtliche Mitarbeiter wirksamer werden oder für einen verstärkten Einsatz der kommunalpolitischen Vereinigungen geworben werden.

Steuererleichterungen für kommunale Mandatsträger sollen auf Bundesebene geregelt werden und wir wollen Verbesserungen für die Entschädigung bei Verdienstauffällen, denn viele Kreistagsabgeordnete sind bei privaten Arbeitgebern beschäftigt, die nicht ohne weiteres bereit sind, Kommunalvertreter freizustellen. Hier gibt es deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Kommunen. Wir wollen eine Verbesserung bei den Aufwandsentschädigungen durch eine Aufwandsentschädigungsverordnung erreichen, mit der ein Vergleichsrahmen geschaffen würde. Eine solche Verordnung gab es bis 2003. In den größeren Kreisen ist die notwendige Mobilität der Kreistags-

abgeordneten zu sichern. Naheliegender ist dafür die unentgeltliche Nutzung des ÖPNV. Da der ÖPNV im Land unterschiedlich ausgeprägt ist, muss die Mobilität auch über das eigene Auto gesichert werden. Und es soll den Kommunalvertretern eine moderne Technikausstattung zu Verfügung stehen. Das ist unter den heutigen Bedingungen einfach eine Selbstverständlichkeit.

Unser Anspruch ist, dass die Beschlussfassung zum Kreisneugliederungsgesetz mit verbindlichen Festlegungen zur Verbesserung der Bedingungen für die ehrenamtliche Tätigkeit in den Kreistagen verbunden wird.

*Infos im Internet zum Bericht der Landesregierung unter Drucksache 6/6882 und zum Videomitschnitt der Rede am 27. 9. 2017 unter:
www.linksfraktion-brandenburg.de/politik/ltsitzung-pol/*



von
Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg,
MdB, innenpoliti-
scher Sprecher

■ Für ein selbstbestimmtes Leben im Alter

Wir werden alle immer älter. Und das ist auch gut so. Früher wurde das Alter immer mit Hilfsbedürftigkeit gleichgesetzt. Aber Menschen werden heutzutage nicht nur älter, sie bleiben auch länger fit. Die Generationen der über 65-jährigen sind sehr heterogen. Das kommt in den neuen Leitlinien der

Landesregierung zur Seniorenpolitik gut zum Ausdruck. Es führt zu neuen Herausforderungen und unterschiedlichen Ansprüchen. Hier hat es sich ausgezahlt, dass die Seniorinnen und Senioren in den Erarbeitungsprozess eingebunden waren. Sie konnten ihre Forderungen und Wünsche für eine weitere Ver-

besserung der Lebensbedingungen der älteren Menschen im Land einbringen. Ein Beispiel ist das Fehlen von bezahlbarem und auch altersgerechtem Wohnraum sowohl in den Städten als auch in der ländlichen Region.

Die von der Landesregierung vorgelegten Leitlinien beschreiben die



Diana Bader,
MdB, seniorenpoliti-
sche Sprecherin

Ausgangslage und die Herausforderungen an eine zeitgemäße Seniorenpolitik. Die Konzentration auf fünf Leitlinien ist konsequent. Das Maßnahmenpaket mit knapp 40 Einzelmaßnahmen zeigt die Gesamtverantwortung der Landesregierung auf, auch wenn das MASGF das federführende Ressort ist.

Aber auch die Bundespolitik trägt Verantwortung für die Situation der Rentnerinnen und Rentner, die sich laut Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zu einer besonderen Risikogruppe der Armut entwickeln. Lag die Armutsquote von Rentnerinnen und Rent-

nern vor zehn Jahren noch weit unterhalb der durchschnittlichen Armutsquote, liegt sie nun seit zwei Jahren bereits darüber. Wenn die Seniorenpolitik unseres Landes darauf abzielt, den Seniorinnen und Senioren ein selbstbestimmtes und eigenständiges Leben zu ermöglichen und ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu fördern, dann ist erste Voraussetzung eine Rente, die zum Leben reicht.

Mit Hilfe der seniorenpolitischen Leitlinien und dem vorgelegten Maßnahmenpaket sollen die Lebensbedingungen der älteren Menschen im Land weiter verbessert werden.

Bewährte Maßnahmen wie das Seniorenticket im Tarifbereich des VBB und die Brandenburger Seniorenwoche werden fortgeführt, neue Maßnahmen wie ein Projekt zur Vernetzung und Informationsweitergabe für Seniorenbeiräte oder ein vielfältiges Spektrum von Weiterbildungsangeboten wurden aufgenommen.

Infos im Internet zum Bericht der Landesregierung unter Drucksache 6/7249 und zum Videomitschnitt der Rede am 29. 9. 2017 unter:

www.linksfraktion-brandenburg.de/politik/ltsitzung-pol/

MASGF = Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie



von
Matthias Loehr,
Mdl, wirtschafts-
politischer Sprecher

■ Weiterbildungen und Prüfungen gebührenfrei machen

Bildung und Arbeit sind für die Linksfraktion im Landtag Brandenburg der Schlüssel für ein selbstbestimmtes Leben. Dabei bestehen nach wie vor erhebliche Unterschiede zwischen den finanziellen Rahmenbedingungen der Aus- und Fortbildung der akademischen und der beruflichen Ausbildung. Das Erreichen eines ersten berufsqualifizierenden Hochschulabschlusses an einer öffentlichen Universität bzw. Fachhochschule in Brandenburg ist gebührenfrei. Die berufliche Ausbildung hingegen, insbesondere die Aufstiegsfortbildung, ist jedoch zum Teil mit erheblichen Gebühren verbunden. Je nach Gewerk kostet die Meisterausbildung in Brandenburg nach Angaben der Handwerkskammern bis zu 12000 Euro.

Bildung sollte aber in allen Phasen gebührenfrei sein, von der Kita

über die Schule bis zum Studium und den Aufstiegsqualifikationen bzw. in der beruflichen Weiterbildung. Deshalb haben wir einen Antrag in den Landtag eingebracht und die Landesregierung beauftragt zu prüfen, inwieweit eine Gebührenfreiheit im Bereich der Berufsqualifikation und -fortbildung umgesetzt werden kann.

Die berufliche Ausbildung ermöglicht viele Perspektiven für ein erfolgreiches Berufsleben und ist die Grundlage für die gute fachliche Ausführung von Produkten, Tätigkeiten und Dienstleistungen. Sie sichert Fachkräfte in der Region und bietet damit Entwicklungspotentiale für Unternehmen sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Eine dringende Aufgabe in Brandenburg liegt in der Sicherung der Betriebsnachfolgen. Ins-

besondere die Gruppe der Meister, Techniker und Fachwirte sind die künftigen Unternehmensleitungen im kleinbetrieblichen Bereich von Handwerk, Industrie und Dienstleistungen.

Die Gleichwertigkeit der beruflichen und der akademischen Aus- und Fortbildung zu erreichen, ist das Ziel einer nachhaltigen und gerechten Bildungspolitik. Dazu sind auch Lösungen auf Bundesebene anzustreben, die gerechte, zeitgemäße und einheitliche Finanzierungen der Berufsbildung in Deutschland schaffen.

Infos im Internet zum Entschließungsantrag Drucksache 6/7419 unter:
www.linksfraktion-brandenburg.de/politik/ltsitzung-pol/

NACHRICHT

Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg tagte in Raddusch

Am 11. und 12. Oktober 2017 ist die Landtagsfraktion zu ihrer traditionellen Herbstklausur zusammengekommen - dieses Jahr im Spreewald, genauer in Raddusch. Neben den Abgeordneten und Mitarbeiter*innen waren als Gäste auch Mitglieder der Landesregierung und der Bundestagsfraktion angereist. Eröffnet wurde die Klausur mit einer Debatte über die politische Situation in Brandenburg nach der Bundestagswahl. Mit Brandenburgs Infrastrukturministerin Kathrin Schneider (SPD) diskutierten die Abgeordneten danach über die Landesentwicklung: Wie verbessern wir den

Zugverkehr? Wie schaffen wir ausreichend Wohnraum, auch für Studierende? Wie koppeln wir den ländlichen Raum gut an den öffentlichen Nahverkehr an? Ansatzpunkt für die Abgeordneten war dabei ein Vorschlag des LINKEN Landesvorstands, 200 Millionen Euro zusätzlich in Schulen und Kitas, Infrastruktur und Digitalisierung zu investieren.

Diese Investitionen sollen auch der Lausitz zugute kommen, über deren Zukunft die Klausur am Mittwochabend debattierte. Klimaschutz und Strukturwandel zu verbinden - das ist das Ziel, das die LINKEN in der Lausitz verfolgen. Als Expert*innen nahmen

der Lausitz-Beauftragte der Landesregierung, Staatssekretär Hendrik Fischer, und die Spremberger Bürgermeisterin Christine Herntier teil. Herntier ist Sprecherin der Lausitzrunde, einem Zusammenschluss von 29 Städten und Gemeinden aus Brandenburg und Sachsen, die sich für den Strukturwandel in der Region stark machen. Aus dem sächsischen Teil der Lausitz waren die Landtagsabgeordneten Heiko Kosel und Mirko Schultze, beide DIE LINKE, zu Gast. Am Abend besuchten außerdem Vertreter*innen der Bürgerinitiative „Haltepunkt Raddusch“ die Fraktion. Ihr Ziel ist es, ihre Stadt als Haltepunkt der Bahn-

linie RE2 zwischen Cottbus und Berlin zu erhalten.

Am Vormittag des zweiten Tages der Klausurtagung waren Abgeordnete und Mitarbeiter*innen in der Region unterwegs. Sie haben Schulen und Kitas besucht, Lokalpolitiker*innen und engagierte Bürger*innen getroffen sowie Betriebe besichtigt. Dabei sammelten sie Erfahrungen, die am Nachmittag gleich in die Debatte einfließen: Zum Abschluss der Tagung ging es um die Entwicklung der ländlichen Räume, die der Landtag mit einer Enquete-Kommission voranbringen will.

Quelle: DIE LINKE. Brandenburg - Newsletter 41/2017

„Es wächst hienieden Brot genug für alle Menschenkinder“*

Vom 10. Oderland-Friedensforum am 9. September 2017 in Eisenhüttenstadt

Aktuelle Bezüge zu „Deutschland – ein Wintermärchen“

In Anlehnung an Martin Luther King kann man sagen: Heinrich Heine hatte einen Traum.

In Widerspruch zu dem Harfenmädchen, das, wie er es ausdrückte, das alte Entsagungsglied sang, das „Eiapopeier vom Himmel“, offenbarte er diesen Traum mit den Worten:

*„Ein neues Lied, ein besseres Lied,
O Freunde, will ich Euch dichten.
Wir wollen hier auf Erden schon
Das Himmelreich errichten.“*

In der DDR haben wir versucht, das in die Tat umzusetzen.

Zu einem Himmelreich hat es nicht gelangt. Aber „Brot für alle Menschenkinder“ war im weitesten Sinne gewährleistet. Kein Kind brauchte ohne Frühstücksbrote in die Schule zu gehen.

Dabei war das nach dem furchtbaren Weltkrieg, als wir von Trümmern umgeben waren und die Menschen hungernten, anfangs nicht leicht.

Als Landwirt kann ich das bestätigen. Meine Eltern hatten nach der Bodenreform eine Neubauernwirtschaft auf dem Land eines ehemaligen Gutsbesitzers übernommen. Im ersten Jahr, als wir noch keine eigene Ernte hatten, hatten wir selbst wenig zu essen und mussten zusehen, wie wir unsere zwei Pferde, zwei Kühe und eine Muttersau versorgen konnten. Auf dem Boden über unserem Stall fanden wir Heu und Stroh, das der Gutsbesitzer hinterlassen hatte und das uns vorerst half. Zum Glück waren unsere Felder nicht vermint, wie es anderen Bauern ging.

Die ersten Ernteerträge waren auch nicht sonderlich hoch. Aber die Landesregierung half uns, unterstützt von der sowjetischen Besatzungsmacht, über viele Schwierigkeiten hinweg.

Unterstützung fanden wir auch bei der neu gegründeten „Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe“ und durch die Maschinen-Ausleih-Stationen, die uns bei der Bearbeitung der Felder halfen.

Ich will hier nicht die vielen Stationen aufzeichnen, die die Entwicklung unserer Landwirtschaft durchlief.

Im Bündnis mit der Arbeiterklasse, die uns zunehmend Düngemittel und moderne Maschinen lieferte und neue

Ställe errichtete, konnten die Erträge auf den Feldern und die Leistungen der Viehwirtschaft Schritt für Schritt gesteigert werden, so dass wir eines Tages die Lebensmittelkarten abschaffen und schließlich die Versorgung der Bevölkerung weitgehend aus der eigenen Produktion gewährleisten konnten.

Damit wuchs bei uns „genügend Brot für alle Menschenkinder“, und zwar zu bezahlbaren Preisen.

Für das Erreichen dieses Zieles spielte auch der Zusammenschluss der Bauern zu Genossenschaften eine wichtige Rolle, denn die neue Technik konnte auf großen Flächen effektiver eingesetzt und die Erkenntnisse der Agrarwissenschaft in großem Maßstab angewendet werden.

Dadurch wurden noch höhere Hektarerträge erzielt, so dass wir nicht nur die DDR-Bevölkerung vollständig versorgten, sondern auch befreundeten Ländern durch Lieferung von Nahrungsmitteln helfen konnten, darunter Völkern aus der dritten Welt.

Aber diese Hilfe beschränkte sich nicht nur auf Lebensmittel. Schließlich konnten wir nur einen kleinen Beitrag dazu leisten, Milliarden hungernden Menschen zu helfen. Deshalb war unsere Devise „Hilfe durch Selbsthilfe“. Wir lieferten Traktoren und Landmaschinen an afrikanische Staaten, stellten ihnen Spezialisten zur Verfügung, die die Einheimischen anlernten und sie lehrten, wie man das Land genossenschaftlich bewirtschaften kann. Somit versetzten wir sie in die Lage, ihr Brotgetreide und andere Nahrungsmittel selbst zu erzeugen.

Diese Hilfe ging manchmal so weit, dass unser Eigenbedarf nicht mehr ganz gedeckt wurde. Das rief unter den Bürgern berechtigte Missstimmung hervor. Aber andererseits drückt es aus, wie wichtig uns internationale Solidarität war.

Als nach der „Wende“ der Kapitalismus zurückkam, brach fast alles dort zusammen. Unsere Spezialisten mussten abgezogen werden, weil die BRD-Regierung das nicht bezahlte. Und die Einheimischen waren noch nicht so weit, das Begonnene eigenständig weiter zu führen.

Die imperialistischen Globalisierungspolitik bewirkte das Gegenteil von dem, was wir angestrebt hatten. Ein

krasses Beispiel dafür ist Libyen. Es war ein Land mit hohem technischem Niveau und einem relativ hohen Lebensstandard. Teile der Sahara wurden bewässert und so hohe Getreideerträge erzielt, dass man anderen afrikanischen Staaten helfen konnte.

Darin sahen die USA und ihre Verbündeten die Gefahr, dass sich Afrika von deren Importen unabhängig machen konnte. Das wollten sie nicht zulassen. Sie schürten aufrührerische Kräfte im Land, ließen den Diktator und seine Familie umbringen und bewirkten ein solches Chaos im Land, dass man Libyen heute nicht wiedererkennt.

Wir wissen, dass es anderen Ländern ähnlich erging und ergeht.

Die Forderung der UNO an die industriell entwickelten Staaten, 3 Prozent ihres Bruttosozialproduktes zur Behebung der Not in den Ländern der 3. Welt zur Verfügung zu stellen, wird meines Wissens von keinem Staat eingehalten. Wie sagt ein deutsches Sprichwort: „Selber essen macht fett.“ In manchen dieser Länder ist das deutlich zu erkennen.

*Um auf Heinrich Heine zurückzukommen: **Brot genug für alle Menschenkinder – das ist möglich. Wenn man denn will! Wenn man nicht will, wird es höchste Zeit, dass die „Schothen platzen“.***

Aktive Teilnehmer an diesem Friedensforum waren die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Patenschaften, die in unserer SODI-Gruppe integriert sind. Als Schüler der Gesamtschule 3 mit gymnasialer Oberstufe arbeiten sie an den Tschernobyl-Projekten mit. So haben sie eine Ausstellung in ihrer Schule zu den Folgen von Katastrophen von Kernkraftwerken organisiert. Sie beteiligen sich an Spendensammlungen für strahlengeschädigte Kinder in Weißrussland und an Treffen mit ihnen. Solidarität und Hilfe zur Selbsthilfe sind Ihnen ein Bedürfnis. Deshalb haben sie aufmerksam verfolgt, welche Leistungen die DDR auf diesem Gebiet vollbracht hat. Im heutigen Geschichtsunterricht wird ihnen das nicht vermittelt. Für sie war das Friedensforum von dieser Seite her eine Wissensbereicherung.

Ansprache von Konrad Hanne-
mann,
Mitglied der SODI-
Gruppe Eisenhüt-
tenstadt-LOS, Mit-
veranstalter des 10.
Friedensforums

* Zitat aus Heinrich Heines „Deutschland – ein Wintermärchen“ und Titel dieses Forums



von
Mario Hausmann,
stellvertretender
Vorsitzender der
Fraktion DIE LINKE
in der SVV Erkner,
parteilos

BER und Tegel: Was die Zukunft bringt ...

Ausgang des Volksentscheids über den Weiterbetrieb des Flughafens Berlin-Tegel

49,3 Prozent aller Berliner Wahlberechtigten gaben zur Bundestagswahl 2017 ihre Stimme Parteien des rot-rot-grünen Senats. Bemerkenswert ist auch, dass die sozialdemokratische Partei des Regierenden Bürgermeisters Müller mit nur noch 17,9 Prozent erst an dritter Stelle im Ergebnis (hinter CDU und DIE LINKE) auftaucht. Der Abgang auf Michael Müller hat bereits begonnen!

Entsprechend krachend fiel aus Müllers Sicht die gleichzeitige Abstimmung zur Offenhaltung des Flughafens Berlin-Tegel aus. Hier stimmten gar 56,1 Prozent dafür – und damit gegen die Pläne des Berliner Senats.

Wer in diesen Zeiten Politikverdrossenheit anprangert und behauptet „man habe verstanden“ und ziehe Konsequenzen (jedoch niemals persönliche, siehe Horst

Seehofer oder Martin Schulz), der ist gut beraten einmal auf den Willen des Volkes zu hören. Dieser ist eindeutig: Man will am Flughafen Tegel festhalten. Ja, sogar der von Fluglärm mit am stärksten betroffene Bezirk Reinickendorf stimmte mit 63,7 Prozent für die Offenhaltung! Teils aus Bequemlichkeit (eigener Flughafen vor der Tür), teils aus Angst vor steigenden Mieten oder weil man den Flughafen einfach liebgewonnen hat.

Die andere Seite der Medaille: Der Flughafen Berlin-Tegel steht an einem genauso unmenschlichen Standort wie der Panneflughafen BER. Doch da es die oben genannten Parteien einfach nicht schaffen umwelt- und menschenverträgliche Standorte für Flughäfen zu wählen und diese geordnet und pannenfrei in kurzer Bauzeit zu errichten, stellt sich für Berliner*innen und Brandenburger*innen nur eine Frage: Tegel und/oder BER, Pest und/oder Cholera. Die Lösung des Problems liegt jedoch nicht in einer unbegrenzten Offenhaltung des Flughafens Tegel, sondern vielmehr in einem neuen, flughafentauglichen Standort anstelle von Tegel und BER.

Was fehlt ist Weitsicht. Ja, der BER ist schon jetzt zu klein und wird zu einem Monster ausgebaut werden müssen, so der politische Wille. Allerdings wachsen auch Berlin, und zwar vor allem in Richtung Süden, sowie der „Speckgürtel“ um Berlin rasend schnell; mit der Folge, dass es in wenigen Jahren einen weiteren innerstädtischen Flughafen geben wird, nämlich den BER.

Berlin und Brandenburg haben in Sachen Flughafen schon viel erlebt. Vor 25 Jahren sah der Regierende Bürgermeister von Berlin (Eberhard Diepgen, CDU) Schönefeld als geeigneten Standort an, vor sieben Jahren bewies ein anderer Regierender Bürgermeister (Klaus Wowoereit, SPD) seine politische Inkompetenz an der Baustelle, die schließlich zum Rücktritt führte. Wir sind gut beraten, wenn wir Herrn Müller und seinem rot-rot-grünen Senat weiterhin die Stirn bieten und nicht seiner fadenscheinigen Argumentation folgen. Sonst werden wir es später in Brandenburg bereuen.

Berlin im Lärm vereint?

Was für Tegel gilt, gilt für Schönefeld:

Beide sind innerstädtisch und den Anwohnern unzumutbar!

Neuer Standort jetzt!

www.fbi-berlin.org



Macht euch Russland nicht zum Feind

Wolfgang Gehrcke und Christiane Reymann über die politischen Scheuklappen im Westen

Von Erik Baron

Es herrscht Eiszeit zwischen Deutschland und Russland. Und die Autoren dieses Buches lassen keinen Zweifel: Schuld daran trägt die Bundesregierung. Die Fakten, die Wolfgang Gehrcke und Christiane Reymann zusammentragen, sind dem informierten linken Leser nicht nur durchaus geläufig, sie scheinen doch offensichtlich für jedermann sichtbar auf dem Tisch zu liegen. Doch die Wahrnehmung der Menschen, geprägt durch die Leitmedien, ist nun einmal aus dem Gleichgewicht geraten, so dass sie manchmal den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr sehen, vor allem, wenn die Leitmedien mit der Beharrlichkeit eines Ignoranten behaupten, das seien überhaupt keine Bäume, oder der Wald an sich sei eine Verschwörungstheorie. Insofern ist es wichtig, mit gleicher Beharrlichkeit immer wieder auf die Fakten zu verweisen.

Man nehme sich nur einmal die Europakarte von 1990 und vergleiche den Verlauf der damaligen NATO-Ostgrenze mit der von heute. Dann lese man, was der damalige NATO-Generalsekretär Manfred Wörner im Mai 1990 in Brüssel gesagt hat: „Die Tatsache, dass wir bereit sind, keine NATO-Truppen außerhalb des Staatsgebietes der BRD zu stationieren, gibt der Sowjetunion feste Sicherheitsgarantien.“ Die deutsche Einheit wurde mit der Zusage erkaufte, dass keine NATO-Truppen gen Osten verschoben werden. Nun argumentieren die NATO-Apologeten mit einer veränderten Sicherheitslage in Europa und dem gewachsenen Sicherheitsbedürfnis osteuropäischer Länder, das sie unter den Schutzschild der NATO treibt, dem man sich nicht entziehen könne. Insbesondere die Ukraine-Krise mit der „Annexion“ der Krim durch Russland sei Beweis genug, anderen osteuropäischen Staaten auch militärisch zur Seite stehen zu müssen.

Gerade der Präzedenzfall Ukraine spielt für die USA und die NATO seit jeher eine geostrategische Rolle, um Russland zu schwächen. „Ohne die Ukraine ist Russland kein eurasisches Land mehr“,

hatte Zbigniew Brzezinski, Vordenker der US-amerikanischen Globalstrategie, bereits 1997 die Denkrichtung vorgegeben. Jetzt endlich hat man die Krise, die man braucht, um Russland kaltzustellen, denn es ginge, so Timothy Snyder, noch so ein US-amerikanischer Vordenker, im Mai 2014, um „das Eurasische Projekt, das zugleich Wirtschaftsraum und Wertegemeinschaft ist“ und „für einen anderen Zivilisationsentwurf“ stehe. Die sichelförmige NATO-Umklammerung Russlands vom Norden bis tief in den Süden ist Bestandteil dieses „Clash of Civilizations“.

Insofern ist es von besonderer Bedeutung und das Verdienst von Gehrcke und Reymann, den Ukraine-Konflikt in seiner Historie noch einmal aufgedröselte zu haben, denn in der öffentlichen Wahrnehmung besteht dieser Konflikt vor allem in der vermeintlich völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland. Diese Sezession, wie die Autoren die Angliederung der Krim bezeichnen, ist jedoch nur das Ende einer Kette von Ereignissen, die nicht anders denn als massive und aggressive Einmischungsversuche des Westens in die Belange der Ukraine bezeichnet werden können, indem man Kiew vor die falsche Alternative Europa oder Russland stellte. Und die Bundesregierung marschierte tonangebend mit vorneweg. Dabei hatte Angela Merkel noch im Winter 2013/14 unterstrichen, dass man aus dem Entweder-Oder herauskommen müsse. Doch als der damalige ukrainische Präsident Janukowitsch das von der EU vorgelegte Assoziierungsabkommen nicht unterzeichnet hatte, da es eine zu starke Abhängigkeit vom Westen bedeutete, und stattdessen ein weitreichendes Abkommen mit Russland unterschrieb, das auch für die Ukraine finanziell attraktiv war, war es vorbei mit dem Schmutsekurs, und Plan B wurde aus der Schublade gezogen. So nahm das Unheil seinen Lauf. Und nun muss die Krim-Sezession als Grund erhalten, warum der Westen die Dauenschrauben mittels Sanktionen

gegen Russland anzieht. Auch hier marschiert die Bundesregierung wieder vorneweg und scheint nicht einmal zu merken, wie sehr sie sich mit den Sanktionen ins eigene (Wirtschafts-)Fleisch schneidet. Oder sie nimmt diese Einschnitte billigend in Kauf, was nicht für geostrategischen Weitblick spricht, denn auf Dauer wird Deutschland, wird Europa nicht ohne Russland zurechtkommen.

Daher lautet die Botschaft von Gehrcke und Reymann auch unmissverständlich: „Macht uns die Russen nicht zu Feinden!“ Auf der Suche nach kurzfristigen Lösungsansätzen setzen die Autoren vor allem auf die Reaktivierung des Deutsch-Russischen Forums und des Petersburger Dialogs, aber auch auf Formen von „Volksdiplomatie“ wie Städtepartnerschaften. Strategisch steht natürlich die Beendigung der NATO-Osterweiterung und der Stationierung von NATO-Truppen an der russischen Westgrenze als Hauptforderung,

um eine Eskalation zu verhindern. Und natürlich wird man ohne Beendigung der Sanktionen Russland auch nicht dazu bewegen zu können, einen Schritt auf den Westen zuzugehen. Aber der ist nach wie vor in seinem „Entweder-Oder-Denken“ verhaftet, nicht in der Lage, seine politischen Scheuklappen abzulegen.

Quelle:
neues deutschland,
Berlin-Ausgabe,
23. Juni 2017, S. 14



Wolfgang Gehrcke/Christiane Reymann,
Deutschland und Russland – wie weiter?
Edition Berolina. 160 Seiten, kartoniert,
9,99 Euro, ISBN-13: 978-3958410572.

Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag im Oktober/November 2017



4.10.	Gabriele Conrad	Rietz-Neuendorf	60 J.
7.10.	Vera Rückert	Eisenhüttenstadt	85 J.
8.10.	Siegfried Port	Woltersdorf	80 J.
8.10.	Monika Richter	Grünheide	60 J.
11.10.	Else Herlitschka	Beeskow	83 J.
13.10.	Renate Westphal	Eisenhüttenstadt	82 J.
16.10.	Günter Zeuschner	Fürstenwalde	90 J.
18.10.	Tanja Jaksch	Schöneiche	70 J.
19.10.	Pedro Budnik	Eisenhüttenstadt	60 J.
21.10.	Eva Albert	Schöneiche	82 J.
22.10.	Günter Schreiber	Fürstenwalde	86 J.
24.10.	Hannelore Gosche	Tauche	81 J.
26.10.	Ursula Krüger	Eisenhüttenstadt	84 J.
26.10.	Hildegard Wuntke	Storkow	85 J.
28.10.	Lothar Löbel	Woltersdorf	75 J.
2.11.	Ilse Löffler	Woltersdorf	93 J.
4.11.	Karl-Heinz Weidner	Grunow-Dammendorf, OT Dammendorf	65 J.
5.11.	Erhard Heinrich	Fürstenwalde	83 J.
6.11.	Ingeborg Ulbrich	Beeskow	86 J.
6.11.	Christa Wagenknecht	Grünheide	87 J.
8.11.	Erna Hauke	Berlin	84 J.
8.11.	Günter Richter	Storkow, OT Kummersdorf	81 J.
10.11.	Dieter Hoffmann	Schöneiche	82 J.
10.11.	Regina Reinecke	Eisenhüttenstadt	87 J.
11.11.	Klaus Ebert	Storkow	81 J.
12.11.	Lothar Gosche	Tauche, OT Trebatsch	82 J.
15.11.	Steffen Wolf	Storkow	55 J.
16.11.	Rita-Sybille Heinrich	Erkner	60 J.
16.11.	Irmgard Rodig	Rietz-Neuendorf, OT Buckow	81 J.
18.11.	Andreas Brandt	Fürstenwalde	55 J.
18.11.	Manfred Döring	Erkner	85 J.
18.11.	Ingeborg Wedel	Beeskow	82 J.
19.11.	Uwe Tippelt	Storkow	60 J.
20.11.	Jürgen Fiedler	Fürstenwalde, OT Trebus	60 J.
20.11.	Sigfried Zahn	Fürstenwalde	65 J.
21.11.	Werner Hennig	Lawitz	86 J.
21.11.	Dietmar Sammler	Erkner	80 J.
22.11.	Kurt Wesch	Woltersdorf	87 J.
23.11.	Christel Förster	Steinhöfel	84 J.
27.11.	Christel Wirner	Siehdichum, OT Schernsdorf	75 J.
28.11.	Adelheid Exner	Siehdichum, OT Schernsdorf	81 J.
28.11.	Wolfgang Reinecke	Eisenhüttenstadt	83 J.
28.11.	Karl-Friedrich Rubach	Mixdorf	70 J.
28.11.	Tom Zeddies	Schöneiche	30 J.
29.11.	Siegfried Kowal	Fürstenwalde	83 J.
29.11.	Harald Strutzke	Fürstenwalde	75 J.
29.11.	Helga Walaschek	Eisenhüttenstadt	82 J.
30.11.	Eberhard Reiher	Eisenhüttenstadt	82 J.

In eigener Sache

Der nächste „Widerspruch“ erscheint als Doppelnummer für die Monate Dezember 2017/Januar 2018.

Redaktionsschluss ist der 20. Oktober 2017.

Redaktion „Widerspruch“

Alles öffentlich im Kreistag LOS

DIE LINKE-Fraktion im Kreistag Oder-Spree

Öffentl. Fraktionssitzung: 24. 10., 14. 11., genauen Zeitpunkt und Ort bitte in der Fraktionsgeschäftsstelle erfragen

Fraktionsgeschäftsstelle: Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde
Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24

Sitzungen im Oktober/November 2017

- Ausschuss f. Soziales u. Gesundheit 17. 10., 17.00 Uhr, Bad Saarow, Karl-Marx-Damm 59, CARITAS
- Unterausschuss Jugendhilfeplanung 19. 10., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss für Ordnung, Recht, Landwirtschaft und Wirtschaft 19. 10., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Werksausschuss für den Eigenbetrieb KWU 24. 10., 17.30 Uhr, Fürstenwalde, Karl-Marx-Str. 11/12, KWU, Beratungsraum
- Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport 7. 11., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss für Bauen, Umwelt und Verkehr 8. 11., 17.00 Uhr, Beeskow, Schützenstr. 1 Schützenhaus Beeskow
- Ausschuss für Ordnung, Recht, Landwirtschaft und Wirtschaft 8. 11., 18.00 Uhr, Beeskow, Schützenstr. 1 Schützenhaus Beeskow
- Ausschuss f. Haushalt u. Finanzen 13. 11., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Kreisausschuss 15. 11., 17.30 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7

Tagesordnungen und konkrete Versammlungsorte in Kreisverwaltung erfragen oder der Internetseite des Kreistages www.landkreis-oder-spree.de entnehmen.

Kreistag Oder-Spree

6. 12., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstraße 7, Landratsamt, Haus B, Atrium

DIE LINKE Oder-Spree

■ Kreisgeschäftsstelle
Mühlenstr. 15 • 15517 Fürstenwalde • Tel. (0 33 61) 3 30 69 • Fax (0 33 61) 34 26 24

E-Mail: kontakt@dielinke-oder-spree.de

geöffnet: Mo. 10–12 u. 13–16 Uhr, Di. 10–12 u. 13–16 Uhr, Do. 10–12 Uhr,
und nach telefonischer Vereinbarung

Kasse: Do. 10–12 Uhr

■ Gebietsgeschäftsstelle Beeskow
Bahnhofstraße 29 • 15848 Beeskow • Telefon (0 33 66) 2 02 02

E-Mail: kontakt@linke-beeskow.de

geöffnet: Di. 10–12 Uhr, Do. 14–16 Uhr

■ Gebietsgeschäftsstelle Eisenhüttenstadt
Lindenallee 30 (Rotes Café) • 15890 Eisenhüttenstadt • Telefon (0 33 64) 4 42 51

E-Mail: dielinke-ehst@t-online.de

geöffnet: Mo. und Do. 15–18 Uhr

www.dielinke-oder-spree.de

IMPRESSUM:

Herausgeber: Arbeitsgruppe „WIDERSPRUCH“ im Kreisverband DIE LINKE Oder-Spree,
Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde, Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24,
E-Mail: kontakt@dielinke-oder-spree.de

Redaktion: Peter Hochmuth (V.i.S.d.P.), Tel. (0 33 62) 55 96, Fax 88 87 68, E-Mail: p-w-hochmuth@t-online.de; Jürgen Strauß, Tel./Fax (0 33 62) 5 747 0 03, E-Mail: Elvira_strauss@web.de

Erscheinung: monatlich (11 x jährlich), Redaktionsschluss: 20. Tag des Vormonats; Auflage: 2 500

Satz: Heinz Schneider, 15537 Erkner, E-Mail: Schneider.Satz@t-online.de

Druck: Buch- und Offsetdruckerei Häuser KG, Venloer Straße 1271, 50829 Köln

„WIDERSPRUCH“ wird aus Leserspenden finanziert (Herstellungskosten pro Ausgabe durchschnittlich 0,58 €, im Jahr 7 €). Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen oder redaktionell zu überarbeiten. Nicht redaktionelle Artikel geben nicht immer die Auffassung der Redaktion wieder. Alle Leser werden gebeten, Spenden unter dem Stichwort „WIDERSPRUCH“ auf das Konto IBAN: DE221705503410533965, BIC: WELADED1LOS bei der Sparkasse Oder-Spree, auf Spendenlisten der Partei DIE LINKE Kreisverband Oder-Spree oder in der Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE (Mühlenstr. 15, 15517 Fürstenwalde) einzuzahlen. Höhere Spenden sind immer willkommen.

Bürgermeisterwahl in Eisenhüttenstadt

Dagmar Püschel unterliegt Frank Balzer

Nun ist die Stichwahl schon drei Tage her und wir wollen diese nicht unkommentiert lassen. Da wir das Ergebnis erst mal bei jedem ankommen lassen wollten, haben wir uns bisher noch nicht geäußert. (Frank Balzer – SPD = 67,9 Prozent, Dagmar Püschel – DIE LINKE = 32,1 Prozent, Wahlbeteiligung 42,6 Prozent, *Red. Widerspruch*) Wir gratulieren Frank Balzer recht herzlich zum Wahlsieg und wünschen ihm für seine Amtszeit viel Kraft!

Unsere amtierende Bürgermeisterin Dagmar Püschel wird noch bis zum 5. Januar 2018 das Amt verwalten. Ihr möchten wir für die letzten acht Jahre danken, in denen sie mit

uns und der Stadtverwaltung viele Sachen vorangebracht hat.

Dies gilt es fortzusetzen. Deshalb machen wir klar, dass wir Herrn Balzer an seine Versprechen erinnern werden und trotzdem einen ausgeglichenen Haushalt erwarten. Für uns gilt es nun, den Unterschied aufzuzeigen und vernünftige, soziale und wegweisende Politik für die Stadt und deren Bürgerinnen sowie Bürgern zu gestalten.

*Alexander Klotzowski,
Stellvertretender Vorsitzender
DIE LINKE. Eisenhüttenstadt
Quelle: [https://de-de.facebook.com/
LinkeEisenhuettenstadt/
entnommen am 11. Oktober 2017](https://de-de.facebook.com/LinkeEisenhuettenstadt/)*

Denkzettel

*Zur Urne gekommen –
haben viele beerdigt –
die Humanität.*

*Mehr von der Angst –
und von der Unwissenheit geführt.
Wurde ihr Stift in der Kabine.*

*Als sie ihre Kreuze machten –
hatten jene einen Haken.
Ein Denkzettel sollte es sein.
Aber gedanken – los –
gelesen hatten sie vorher nicht.*

*Hätten sie mal vorher daran gedacht.
Viele hätten es nicht gemacht.
Denn wenn so ein Denkzettel erst verteilt –
er kommt zurück und fällt den Verteilern
auf die Füße.
Aber auch der Humanität!*

*René Lindenau
Cottbus, im September 2017*

Reisefreudige Widerspruch-Leserinnen und -Leser aufgemerkt!

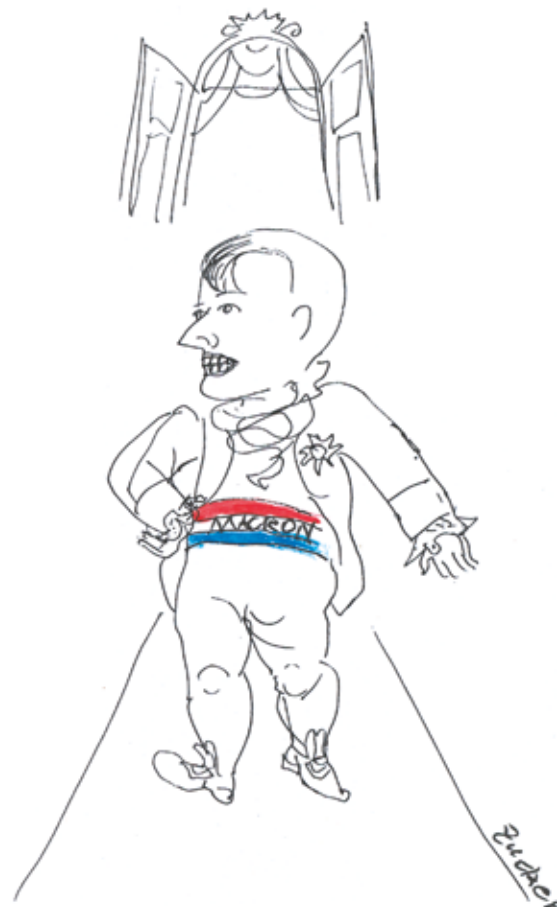
Wer möchte Sylvester 2017/Neujahr 2018 mit einer seit 1994 bestehenden Reisegruppe linksorientierter Leute mit und ohne Parteizugehörigkeit in Eben im Pongau (Österreich, Salzburger Land) verbringen? Reisedauer ist vom 27. 12. 2017 bis 5. 1. 2018. Tagesausflüge, Wanderungen und Sylvesterparty sind im Programm einbegriffen. An- und Rückfahrt von und nach Berlin, sowie und alle Tagesfahrten erfolgen mit einem Tiroler Bus, dessen Fahrer uns seit Jahren sicher durch die Alpen fährt.

Seit 1994 waren wir zu jedem Jahreswechsel zusammen unterwegs, in vielen Orten Österreichs, Südtirols, der Schweiz und im Bayrischen Wald. Die Bergwelt der unterschiedlichen Regionen fasziniert uns, jede Gegend hat ihre besonderen Reize. Nun steht die 24. Reise bevor.

Leider fordert das Alter auch in unserer Gruppe seinen Tribut, es sind für diese Reise zwei Doppel- und ein Einzelzimmer frei. Wer sich für die genannte Reise interessiert, meldet sich bitte bei mir oder gleich beim Veranstalter: Reisecenter Kindlboulevard, Hermannstraße 214–216, 12049 Berlin, Tel. (030) 62 70 20 01, E-Mail: reisecenter@sp.-reisen.de.

Gottfried Walther, Tel. (033 62) 2 86 87

Zucker-Kasten



*So schnell kann's gehen,
von 64 Prozent zu 36 Prozent in 100 Tagen!*

Zeichnung: Klaus Struttmann



von
Dr. Elvira Strauß,
Vorsitzende der
Fraktion DIE LINKE
in der SVV Erkner

Was ist los – in unseren Köpfen?

Bundestagswahl in Erkner bringt gute und schlechte Nachrichten

Gute Nachrichten

Beginnen möchte ich mit der ersten guten Nachricht: Wahl- und Demokratiemüdigkeit scheint es in unserer Stadt kaum zu geben. Immerhin haben 7170 der 9962 Wahlberechtigten in Erkner ihr Recht, neue Bundestagsabgeordnete zu bestimmen, wahrgenommen. Obwohl wir 11 Wahlberechtigte weniger als 2013 haben, sind 225 Menschen mehr zur Wahl gegangen. Die Wahlbeteiligung in ganz Erkner lag bei 71,97 Prozent und damit minimal höher als im gesamten Wahlkreis 63. Zwischen den einzelnen Wahllokalen schwankt die Wahlbeteiligung zwischen 46,65 und 61,7 Prozent. 2017 nutzten 1767 den Weg der Briefwahl. Daher resultiert auch das Ergebnis der Wahlbeteiligung in der Stadt. Im Jahr 2013, bei der letzten Bundestagswahl waren es noch 517 weniger. Briefwahl war auch für mich der Weg, auf dem ich in Ruhe über meine Entscheidung nachdenken kann.

Die zweite gute Nachricht:

Thomas Nord als Direktkandidat der LINKEN belegte in Erkner Platz eins. Martin Patzelt (CDU) folgte mit 27 Stimmen weniger auf Platz 2. Mit 120 Stimmen weniger belegte Dr. Franz Berger (SPD) Platz drei. Dr. Alexander Gauland (AfD) lag auf Platz vier mit 283 Stimmen hinter Thomas Nord. Jeder dieser vier Bewerber um ein Direktmandat konnte eine vierstellige Zahl von Wählern auf sich vereinigen. Die Kandidaten von FDP, DIE GRÜNEN/BÜNDNIS 90, Freien Wähler und DIE PARTEI endeten dreistellig und die anderen Bewerber sammelten nur wenige Stimmen.

Auch bei den Zweitstimmen siegte in Erkner DIE LINKE vor der CDU, der AfD und der SPD. DIE LINKE, die CDU und die SPD bekamen weniger Zweitstimmen als ihre jeweiligen Direktkandidaten. Bei der AfD war es umgekehrt. Vielleicht ist Herr Gauland einigen Erkneranern doch zu weit rechts.

Schlechte Nachrichten

Bei aller Freude über Wahlbeteiligung und Wahlsieg der LINKEN will bei mir Jubel nicht so recht aufkommen.

Im Vergleich zur Bundestagswahl 2013 hat Thomas Nord 471 Stimmen verloren, die Partei auch 333 Stimmen. Diese Wähler waren sicherlich mit unserer Rolle als Oppositionspartei nicht einverstanden. Vielleicht waren wir zu etabliert, zu viel Kompromisse, wenig Protest. Könnte was dran sein!

Herr Patzelt (CDU) verlor 327 Stimmen, seine Partei 392. Der Stimmenanteil des SPD-Direktkandidaten ging gegenüber 2013 um 495 zurück. Die Brandenburgische Regierungspartei musste sich mit 362 Stimmen weniger begnügen. Offensichtlich honorieren die Wähler aktuelle Regierungs- und Oppositionspolitik nicht. Es reicht nicht, wenn man nur verspricht, die Sorgen und Nöte der Menschen ernst zu nehmen. Der Wähler will erleben, dass sich etwas in seinem Sinn verändert.

Der Kandidat der FDP hat 234 Stimmen, die Partei seit der letzten Bundestagswahl 316 Stimmen gewonnen. Der Grüne Direktkandidat hat genau so viel Stimmen bekommen, wie 2013 – die Partei hat 57 Stimmen gewonnen.

Dass uns Stimmen verloren gegangen sind, muss uns in der Politik auf allen Ebenen und Feldern zu denken geben. Was mich aber entsetzt ist, dass der AfD-Kandidat 1315 und seine Partei 1341 Stimmen sammeln konnte. Das waren 888 mehr als im Jahr 2013. Auf Grund der komplizierten Situation in unserem Land und in der Welt hatte ich mit einer steigenden Zahl von AfD-Wählern gerechnet. Dass aber in ganz Erkner fast jeder fünfte, in einem Wahllokal sogar fast jeder vierte Wähler einer Partei rechts der CDU seine Stimme gab, macht mir Angst.

Schlimm ist es auch, wenn jetzt schnell ein Schuldiger gefunden ist, man schnell zur Tagesordnung übergeht und um

Koalitionen streitet, die AfD als Schmutzdelinquant in die Ecke stellt und damit meint, die Probleme zu lösen. Hoffte die Politik, dass sich die AfD selbst zerlegt? Was bedeutet es für alle Parteien, wenn sie sagen, dass sie der AfD „harte Kante“ zeigen wollen? Drohen und verteuern, das kann es nicht sein. Ich denke, auch wir haben uns in der Wahlvorbereitung nicht mit der AfD und ihrem Gedankengut auseinandergesetzt. Wir können nicht weiter nach dem Prinzip der drei Affen – nichts hören, nichts sehen, nichts sagen – handeln.

Wo sind die Juristen und der viel gerühmte Rechtsstaat, wenn ein Herr Gauland im öffentlich rechtlichen Fernsehen wie ein Faschist zur Jagd auf Frau Merkel aufrufen und darüber reden kann, Land und Volk zurückzuholen (woher auch immer)?

Ich will nicht glauben, dass über 1300 Erkneraner rechtes Gedankengut in ihren Köpfen und ihre Menschlichkeit und Solidarität der Marktwirtschaft geopfert haben. Braucht es eine AfD, um auf soziale Ungerechtigkeiten, Umweltzerstörung, auf Bürokratie und Korruption, auf Verschwendung von Steuergeldern und auf internationale Spannungen hinzuweisen? Provokationen und Grenzüberschreitungen bewirken manchmal, dass etablierte Politik aufschreckt. Sie bringen aber keine dauerhaften Veränderungen im Leben jedes einzelnen Menschen. Um uns selber müssen wir uns selber kümmern.



Diskussion zum Thema „Wo drückt der Schuh in Erkner?“ mit Dr. Elvira Strauß, Thomas Nord, Gerry Woop und Franziska Schneider (v.l.) am 6. September in Erkner

Bildung in Erkner – der Schulstandort Erkner

Ein weiter so in der Schullandschaft im Westen des LOS darf im Namen unserer Kinder nicht zugelassen werden. Seit vielen Jahren muss ich gezwungenermaßen mit ansehen, wie die öffentliche Schullandschaft in unserem Territorium den Privatschulen geopfert und Bildung nach dem Geldbeutel der Eltern bestimmt wird.

Wie ist die Situation in und um Erkner? In den 1990iger Jahren begann eine Schließungswelle der öffentlichen Schulen. Nachdem der gutgemeinte aber schlecht gemachte Versuch, Gesamtschulen zu etablieren, grandios gescheitert ist und das Wahlverhalten der Eltern – weg von dieser Schulform und hin zur Realschule – dies auch deutlich signalisierte, geschah von Seiten des Landkreises nichts im Westkreis. Ohne auch nur ansatzweise die Situation und Entwicklung im Focus zu haben, wurde den Privatschulen das Feld überlassen.

Erkner hatte seine Realschule und das Gymnasium – und alles plätscherte jahrelang so dahin.

So ganz nebenbei entstanden an den Standorten, von denen sich die Öffentliche Hand verabschiedet hatte, Privatschulen. In Neu Zittau und Grünheide setzte sich die DOCEMUS-Gruppe fest und in Woltersdorf und Hangelsberg macht sich FAW breit. Jede dieser Privatschulen hatte natürlich eigene Konzepte, welche auch immer auf Besonderheiten verweisen. So wirbt DOCEMUS mit unkomplizierten Wechselmöglichkeiten zwischen den Schulformen Oberschule und Gymnasium und FAW in Hangelsberg mit kleinen Klassen und Lerngruppen.

Wie sieht es aber in den öffentlichen Schulen aus? Wechselmöglichkeiten der Schulformen: schwierig! Kleine Klassen/Lerngruppen: Fehlanzeige! Werden die Schülerzahlen nicht erreicht: Schließung!

Und nun kommt der Super-Gau der Öffentlichen im Westkreis: steigende Bevölkerungszahlen im Speckgürtel von Berlin und damit einhergehend die Steigerung der Schülerzahlen.

Die Grundschulen, die zumeist in öffentlicher Hand liegen, platzen aus allen Nähten, während die letzte weiterführende Oberschule, nämlich die in Erkner, von die-

ser Erscheinung bisher „verschont“ bleibt. So finden sich im Schuljahr 2017/18 nur 17 Schüler der Löcknitz-Grundschule Erkner in der MORUS-Oberschule wieder. Wo sind die restlichen etwa 70–80 Schüler der vergangenen 6. Klassen geblieben. Ein Schelm könnte sagen: Na, wir haben doch ein großes Gymnasium, vielleicht sind sie dort. Schön wär's, aber leider sind nicht alle dort angekommen.

Der größte Teil ist in den Privatschulen gelandet!

Ist ja vielleicht in Ordnung, wenn diese schulgeldfrei wären. Schaut man sich die Internetseiten an, findet sich bei DOCEMUS eine klare Ansage: 210 Euro im Monat, eine Aufnahmegebühr von 150 Euro und eine Prüfungsgebühr in gleicher Höhe. FAW schweigt sich im Internet aus, aber Schulgeldfreiheit herrscht dort auch nicht, ist doch auch FAW Mitglied im Verband der Privatschulen Berlin/Brandenburg e.V.

Warum sind so viele Kinder in den Privatschulen zu finden? Es gibt da eine Vielzahl von Gründen. Aber einer ist augenscheinlich und unübersehbar. Beide Privatschulträger haben in den letzten Jahren erheblich in ihre Gebäude und Ausstattungen investiert.

Was ist in Erkner passiert? Die MORUS-Oberschule war bis 2016 in Trägerschaft der Stadt Erkner. Die Stadt mühte sich redlich um die Erhaltung der Schule. Aber eben auch nur darum. Eine Modernisierung und damit einhergehende Steigerung der Attraktivität fand nicht statt.

Dazu kommt, dass Schüler, die nicht den Vorstellungen der Privatschulen entsprechen, in die einzig verbliebene öffentliche Schule des Westkreises abgeschoben werden. So ist seit Jahren eine Zusammenballung von einigen auffälligen Schülern in der MORUS-Oberschule zu beobachten, die dem Ruf der Einrichtung schaden. Die Schulleitung und das Lehrerkollegium sind sehr engagiert und bemühen sich um jeden einzelnen Schüler, was nicht immer mit dem entsprechenden Respekt honoriert wird.

Mit der Übergabe der MORUS-Oberschule in kreisliche Hoheit erfolgte eine Bestandsaufnahme, die so einige Bedenken und Mängel of-

fenbarte. Es ist nun zu entscheiden, ob eine grundlegende Sanierung oder eher ein Neubau förderlich wären. Für einen Neubau spricht auch der neueste Trend auf Landesebene: die Förderung von Schulzentren, in denen das gemeinsame Lernen von der 1. bis 13. Klasse ermöglicht werden soll.

Für Erkner würden mit der Schaffung eines Schulzentrums gleich zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Die Grundschule, die schon in absehbarer Zeit an ihre Kapazitätsgrenzen stößt, kann entlastet werden und die schulgeldfreie MORUS-Oberschule kann dem Konkurrenzdruck der Privatschule standhalten.

Die pädagogische Wirkung für unsere Schüler, nicht im zarten Alter von 11 bis 12 Jahren einer Selektion zum Opfer zu fallen, ist nachgewiesenermaßen emotio-

von
 Rita-Sybille Heinrich, Mitglied der Fraktion DIE LINKE in der SVV Erkner, Mitglied im Ausschuss für Bildung, Soziales, Jugend, Gleichstellung, Sport, Kultur; sachkundige Einwohnerin im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport im Kreistag Oder-Spree; Vorsitzende DIE LINKE Oder-Spree



Friedrichstraße, Fußweg und Straße (kein Radweg vorhanden) vom ovalen Kreislauf in Richtung Karl-Bechstein-Gymnasium und Moris-Oberschule = Schulweg



Friedrichstraße, Radweg (rote Steine) und Fußweg vom ovalen Kreislauf in Richtung Flakenfließ = Weg zum Schulsport im Sportzentrum und in der Stadthalle, Fotos: Jürgen Strauß

nal stabilisierend. Gerade im pubertären Entwicklungsstadium sind Kontinuität und stabile Umgebungsverhältnisse wichtig und „Findungskämpfe“ in neuen Klassenverbänden an neuen Schulen hinderlich.

Im Schulentwicklungsplan des Landkreises Oder-Spree für die Jahre 2017–2022 ist folgerichtig die Errichtung eines Schulzentrums in Erkner geplant. In der Diskussionsphase traten im kreislichen Bildungsausschuss Begehrlichkeiten für eine weiterführende Schule in Schöneiche erneut zu Tage, die mit dem Einschalten der Presse unter dem Titel „Erkner – der falsche Standort für ein Schulzentrum“ im Wahlkampfgetöse bisher gipfelte. Gemeinsam mit Herrn Konertz, dem Rektor des Bechstein-Gymnasiums in Erkner, warb ich im Bildungsausschuss des Kreistages in Beeskow um den Bildungsstand-

ort der Gerhart-Hauptmann-Stadt Erkner.

Es ist jetzt sehr wichtig, dass alle Akteure am Ball bleiben und es wär wünschenswert, wenn sich auch einmal die Verantwortlichen in der Stadtverwaltung Erkner, zumindest im Bildungsausschuss des Kreistages blicken lassen würden.

An dieser Stelle möchte ich unbedingt anmerken, dass ich absolutes Verständnis für die Schöneicher habe. Aber die Forderung nach einer Oberschule im Ort sollte nicht auf der Basis eine Neiddebatte geführt werden. Ein Monitoring und eine wissenschaftlich gestützte Studie zum Bedarf im Ort Schöneiche für die nächsten Jahre, sollte eher die Basis für die Errichtung einer Oberschule sein.

Die Einwohnerzahl eines Ortes ist vielleicht ein Indiz für den Bedarf, aber die Struktur der Bevölkerung und das Schulwahlverhalten

der Eltern sollten ebenfalls Berücksichtigung finden.

Im Prinzip sind beide Orte Opfer einer verfehlten Standortplanung im Land und eben auch im Kreis.

Im Schulentwicklungsplan des Kreises wird mit den Begriffen „Ersatzschule“ und „Freie Träger“ hantiert und diese vage in die Planungen einbezogen. (Diese sind nicht verpflichtet Planungsangaben zu liefern!) Die irreführenden Begriffe „Ersatzschule“ und „Freie Träger“ sollen davon ablenken, dass eine massive Privatisierung im Bildungsbereich des Landes stattgefunden hat und ein Zweiklassenbildungssystem geschaffen wurde. Echte Privatschulen sind es dann aber auch wieder nicht, da vom Land ein Großteil der Personalkosten getragen wird, also auch Steuergelder derer in diese Einrichtungen fließen, die sich das Schulgeld nicht leisten können.

von
Michael E. Voges,
Fraktion DIE LINKE
in der SVV Erkner,
Mitglied im Haupt-
ausschuss und Aus-
schuss Finanzen,
Haushaltsplanung,
Wirtschaftsförde-
rung, Tourismus,
parteilos

Die Finanzen und die Stadt Erkner

Ich soll einen Artikel über die Finanzen der Stadt Erkner schreiben. Ein Artikel über die Finanzen! Na, wer liest denn so was!

Nicht einmal die Mehrheit der Stadtverordneten interessiert sich für das Thema. So jedenfalls ist mein Eindruck. Hauptsache, die Stadtverwaltung liefert was ab, scheinen die Kollegen von der SPD-Fraktion zu denken. Inhaltliche Auseinandersetzung: Fehlange! Und die (wirtschaftsnahe) CDU? Von dort kommt in der Sache gar nichts. Gar nichts!

Allerdings: Vielleicht habe ich da auch etwas missverstanden. Denn sie liegen sich – im übertragenen Sinn – in den Armen, klopfen sich

auf die Schultern und bedanken sich artig bei der Kämmerin. Die Kollegen von der SPD- und der CDU-Fraktion im Stadtparlament Erkner ...

Und das, weil die Verwaltung mit fast fünfjähriger Verspätung einen Jahresabschluss der Stadt Erkner für das Jahr 2011 vorgelegt hat. Im Jahr 2017 für das Jahr 2011! In so einem Jahresabschluss steht drin, wie es um die Finanzlage der Stadt bestellt ist, und welche materiellen Werte vorhanden sind. Sinnvoll ist so eine Zusammenstellung immer; aber fünf Jahre zu spät?

Zugegeben: Erkner stand und steht sich im Vergleich mit anderen Kommunen finanziell recht gut. Aber darf man dann als Stadtverwaltung schludern, „alle Fünfe gerade sein lassen“, und – wie in der gerade mehrheitlich und gegen das Votum der LINKEN beschlossenen Eröffnungsbilanz für das Jahr 2010 geschehen – mal eben einen Kredit über 1 000 000,00 Euro übersehen und 1 500 852,45 Euro gar nicht buchen?

Klar! Jetzt sind die Fehler heraus gekommen. Das können und müssen wir rügen. Im Übrigen bleibt – aus Sicht der Kämmerin – das Schludern folgenlos.

Das stimmt aber nicht! Aufgabe der Stadtverordneten ist es, die Stadt mit ihren Bürgern voran zu bringen. Ideen zu entwi-

ckeln, wie es noch besser gemacht werden kann – oder wie ein Mangel zu verwalten ist. Für die Bürger in dieser Stadt. Das sind so kleine Sachen, wie eine Gehwegsanierung, die Einrichtung und Pflege von Fahrradwegen, die zentrale Vergabe der Kitaplätze, preisgünstiges Mittagessen für alle Schüler, ein mit Rettungsschwimmern besetztes Freibad oder ein Parkhaus für Pendler am Bahnhof. Und, und, und ...

Solche Ideen und Pläne umzusetzen, Wirklichkeit werden zu lassen, kostet Geld. Das muss man erst einmal haben. Und man muss wissen, was finanziell geht – und was nicht. Dafür brauchten die Abgeordneten die Zuarbeit der Stadtverwaltung mit den zutreffenden Zahlen, den Kassensturz. Und zwar zeitnah! Nur dann lässt sich vernünftig planen und umsetzen. Auch deshalb sieht die Kommunalverfassung als zweite Aufgabe der Stadtverordneten die Kontrolle der Verwaltung. Und die geht daneben, wenn die Stadtverwaltung nicht will und das Stadtparlament nicht ernst genommen wird. Dafür brauchen wir wohl eine andere Stadtverwaltung – und ernst nehmen wird sie die Abgeordneten aber erst dann, wenn die ihre Aufgaben ernst nehmen wollen und mit entsprechenden Mehrheiten durchsetzen ...

Hoffen wir auf bessere Zeiten!



Foto: Jürgen Strauß

Ein „normaler“ Zustand: Stau in der Friedrichstraße

Die Mühen einer Opposition

Warum tun wir uns das an?

Diese Frage hat sich sicherlich jeder der acht mit Mandat der LINKEN in die Erkneraner Stadtverordnetenversammlung (SVV) gewählten Menschen schon gestellt und darauf geantwortet: Wer wenn nicht wir.

Am 14. Mai 2014 waren vier Frauen und acht Männer zur Kommunalwahl angetreten. Zwei Fraktionsmitglieder sind durch Wegzug ausgeschieden und durch Nachfolger ersetzt. Zu unserer Fraktion gehören noch zwei potentielle Nachrücker und sechs sachkundige Einwohner (SKE), die leider mit noch weniger Informationen als die Abgeordneten von der Stadtverwaltung versorgt werden. Einige unserer Mitstreiter sind voll berufstätig, die Mehrzahl sind Rentner. Alle leisten eine umfangreiche ehrenamtliche Arbeit, die viele Freizeitstunden und vor allem Nerven kostet. Einige Fraktionsmitglieder sind, wie Michael E. Voges als Vorsitzender des Mietervereins Erkner und Umgebung e.V., noch in Erkneraner Vereinen eingebunden und auch dort stark gefordert. Ihnen soll an dieser Stelle Dank gesagt werden.

Die Arbeit der Stadtverordneten beschränkt sich nicht nur auf die fünf bis sechs SVV und die entsprechenden Ausschusssitzungen im Jahr. Es gibt jede Menge Papier zu lesen und zu bewerten. Um eigene Anträge formulieren zu können, sind Recherche, Nachdenken und Diskussionen mit den Betroffenen so wie in der Fraktion notwendig. Wir wollen, dass unsere Wähler unsere Arbeit kennen, daher unser eigenes Mitteilungsblatt „Erkner ungefiltert“ und Artikel in den Medien der Region. Etwa einmal im Monat steht die Fraktion für eine öffentliche Sprechstunde auf den Straßen der Stadt, egal ob gerade Wahlen stattfinden oder nicht.

Die SPD-Fraktion hat 10 Mitglieder (plus den sich zur Fraktion bekennenden SPD-Bürgermeister), die der CDU 4 Mitglieder.

Bisher war die Arbeit in der SVV in Erkner durch Streit der Fraktionen SPD und CDU auf der einen und der LINKEN auf der anderen Seite gekennzeichnet. Unsere Bemühungen um die Lösung der Verkehrs- und Lärmprobleme,

zur Verbesserung der touristischen Infrastruktur und für mehr Gerechtigkeit ernteten Vorwürfe seitens der SPD und CDU, manchmal auch Beleidigungen und Hass. Mehr Transparenz im Rathaus, mehr Mitwirkung der Erkneraner, mehr Demokratie, wie von uns vorgeschlagen, ist nicht gewollt. Jeder kann sich vorstellen, wie hoch der Frust bei unseren Stadtverordneten ist, wenn seit Beginn dieser Legislaturperiode DIE LINKE im Stadtparlament 43 Anträge eingebracht hat, nur drei davon wurden angenommen, der Rest abgelehnt. Manchmal wurden sie danach doch Wirklichkeit, weil sie nützlich waren, manchmal reichte schon ein Antrag, um die Verwaltung zum Handeln zu bringen. Das befriedigt zwar nicht völlig, ist aber nun mal Aufgabe der Opposition.

Die Anträge der CDU-Fraktion in der SVV in diesem Zeitraum kann man an einer Hand abzählen, ebenso die der SPD-Fraktion, wenn man die durch den SPD-Bürgermeister eingebrachten Anträge der Stadtverwaltung nicht mitrechnet. Ein Novum in dieser Legislaturperiode sind zwei fraktionsübergreifende Anträge, die sich mit den Themen „Gerhart-Hauptmann-Stadt“ und Städtebauförderung beschäftigen. Ganz vorsichtig formuliert könnte man darin einen kleinen Keim zu mehr Miteinander der Stadtverordneten sehen.

Was wir 2014 versprochen haben, wollen wir halten. Unter der Überschrift „100 Prozent sozial – 100 Prozent kommunal“ waren wir angetreten, um gemeinsam mit anderen Stadtverordneten, mit Vereinen und mit allen Einwohnerinnen und Einwohnern Erkner zu einer lebenswerteren, kulturell ansprechenden Stadt vor den Toren Berlins zu entwickeln. Hier sollen auch sozial Schwache ein würdiges Leben führen können. Ein sicheres, sauberes, umweltorientiertes und behindertengerechtes Erkner – eine Stadt mit gegenseitiger Achtung, Respekt und Zusammenarbeit zum Wohle aller Bürger, ist noch heute unser Ziel.

Darum tun wir uns das an.

Dr. Elvira Strauß

Fraktion DIE LINKE in der SVV Erkner



Dr. Elvira Strauß,
Vorsitzende der Fraktion,
Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Soziales, Jugend, Gleichstellung, Sport, Kultur,
Mitglied im Hauptausschuss



Mario Hausmann,
stellvertretender Vorsitzender der Fraktion,
Mitglied im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauplanung, Natur- und Umweltschutz, Verkehr,
parteilos



Rita-Sybille Heinrich,
Mitglied in den Ausschüssen für Bildung, Soziales, Jugend, Gleichstellung, Sport, Kultur sowie Finanzen, Haushaltsplanung, Wirtschaftsförderung, Tourismus



Dr. Lothar Kober,
Mitglied im Ausschuss für Finanzen, Haushaltsplanung, Wirtschaftsförderung, Tourismus,
Mitglied im Hauptausschuss,
parteilos



Ursula Paape,
Mitglied im Ausschuss für Bildung, Soziales, Jugend, Gleichstellung, Sport, Kultur



Andrea Pohl,
1. Stellvertreter des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung,
Mitglied im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauplanung, Natur- und Umweltschutz, Verkehr



Wolfgang Specht,
Mitglied im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauplanung, Natur- und Umweltschutz, Verkehr,
parteilos



Michael-Erdwin Voges,
Mitglied im Ausschuss für Finanzen, Haushaltsplanung, Wirtschaftsförderung, Tourismus sowie Mitglied im Hauptausschuss,
parteilos

SKE: Hannelore Buhl, Jörg Krüger, Jürgen Reichelt, Heinz Schneider Dr. Steffen Schorcht, Silke Voges

Stelle mich zur Wahl

Am 18. Februar 2018 ist Bürgermeisterwahl in Erkner



Silke Voges
Foto: Foto Schatz

Sehr geehrte Erkneranerinnen und Erkneraner, Leserinnen und Leser des Widerspruch!

Nach der Wahl ist vor der Wahl, und es ist an der Zeit, Ihnen meine Ziele als Bürgermeisterkandidatin konkret zu nennen:

Wofür stehe ich?
Was möchte ich erhalten?
Was denke ich, zu verändern?
Vieles in unserer Heimatstadt Erkner ist gut, vieles könnte besser sein. Konkret heißt das für mich:

- Wir müssen die Verkehrssituation, besonders die für die Radfahrerinnen und Radfahrer, verbessern. Eine Bürgermeisterin muss sich dafür einsetzen, dass sich die Verkehrslage entspannt, vor allen Dingen für die vielen Radfahrerinnen und Radfahrer, auch wenn die Verantwortung zum Teil beim Land liegt. Dazu gehört für mich auch eine Möglichkeit für die vielen Pendlerin-

nen und Pendler, die Fahrräder sicher am Bahnhof abzustellen. Schließlich ist jeder Radfahrer auch ein potentieller Autofahrer!

- Daneben muss der öffentliche Nahverkehr besser an die Bedürfnisse der berufstätigen Menschen angepasst werden. Was nützt ein Bus, der zwar groß aber nicht barrierefrei ist, nur in großen Abständen fährt sowie nach 18 Uhr gar nicht mehr. Das Parkplatzproblem am Bahnhof löst man damit nicht. Und natürlich gehört auch der Wiederaufbau der Flakenfließbrücke zum attraktiven Wegenetz dazu.
- Im Moment ist es so, dass Eltern, die einen Kita-Platz brauchen, sich in jeder Kita um einen Platz bewerben. Wäre es nicht besser, die Eltern könnten ihr Kind zentral und damit nur einmal anmelden? Vorbereiten könnten sie sich mit einer Broschüre, in der sich die einzelnen Kindertagesstätten vorstellen. Die Koordination erfolgt über das Rathaus. So gäbe es einen guten Überblick über die Platzvergabe und Notfälle könnten unproblematisch versorgt werden.
- Und nach der Kita? Der Landkreis favorisiert ein Schulzentrum am Standort der heutigen Morus-Oberschule. Hier soll Unterricht von der 1. bis zur 13. Klasse angeboten werden. Das ist prinzipiell gut, jedoch muss für sichere Schulwege gesorgt werden. Die bisherige Situation ist nicht zufriedenstellend.
- Viele Bürgerinnen und Bürger haben gute Ideen, möchten mitgenommen werden bei allen Planungen, die in der Stadt angegangen werden. Ich setze mich für regelmäßige Bürgerversammlungen ein, möchte Stadtspaziergänge anbieten. Ein wichtiges Instrument der Bürgerbeteiligung wird der Bürgerhaushalt sein. Jede/Jeder soll seine Vorschläge für die Verwendung der Mittel unkompliziert einbringen können. Jeder Euro kann schließlich nur einmal ausgegeben werden. Das verlangt Weitblick. Die Stadtverordnetenversammlung kann mit dem heutigen Stand der Technik als Live-Stream übertragen werden. So hat jede

Bürgerin/jeder Bürger die Möglichkeit, dort die Diskussion zu verfolgen. Sie/er kann sich informieren, ohne vor Ort zu sein.

- Wir haben in unserer Stadt einen sehr aktiven Seniorenbeirat. Warum eigentlich nicht auch einen genauso aktiven Jugendbeirat? Unser Gemeinwesen lebt vom ehrenamtlichen Engagement. Vieles wäre nicht ohne die fleißigen Helferinnen und Helfer denkbar. Das Ehrenamt muss weiter und umfassender gefördert und attraktiv gestaltet werden. Förderungen an die Vereine müssen transparent und vor allen Dingen planbar für die Vereine sein.
- Erkner ist Gerhart-Hauptmann-Stadt. Viele kulturelle Veranstaltungen prägen das Gesicht der Stadt. Schön wäre es, wenn es gelingen würde, die kulturelle Szene so zu beleben, dass sie auch über die Stadtgrenze hinaus zu Aufmerksamkeit und mehr Teilnahme anregt.
- Zur Attraktivität unserer Heimat gehört auch ein angenehmes und einladendes Umfeld. Ganz besonderes Augenmerk muss daher dem Mittelstand gehören. Hier muss es gelingen, gesteuert aus dem Rathaus, besser zu vernetzen, Synergien zu schaffen. Ein zentraler Ansprechpartner im Rathaus für die Wirtschaftsförderung wäre denkbar.

Also kurz: Es gibt viel zu tun!

Ihre Silke Voges



Erkner – Wandbild in der Friedrichstraße/Ecke Seestraße

Silke Vokes:

- geboren 1966
- Berufsausbildung mit Abitur, 1990 Abschluss Studium an Berliner Humboldt-Universität als Berufsschullehrerin für Wirtschaft
- seit 1993 Arbeit im öffentlichen Dienst
- nach 16-jähriger Tätigkeit im Sozialamt, zunächst in Berlin-Treptow, später im fusionierten Treptow-Köpenick, Wechsel 2009 in den Bereich der Personalentwicklung, den sie nunmehr leitet
- Spaß an der abwechslungsreichen Arbeit mit 1700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern
- seit 2017 sachkundige Einwohnerin der Fraktion DIE LINKE im Ausschuss für Bildung, Soziales, Jugend, Gleichstellung, Sport, Kultur der Stadtverordnetenversammlung Erkner
- parteilos
- verheiratet mit Michael Voges, vier erwachsene Kinder